Nr. 15. Halle (Saale), Freitag, den 18. Januar 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis:
Monatlich 1.— Mk. bei freier Zustellung ins Haus an jed. Werktag. Durch die Post bezogen gleichfalls 1.— Mk., oder 3.— Mk. vierteljährlich, und 14 Pfg. Bestellgebühr monatl., wenn die Zustellung vom Postboten erfolgt.
„Neue Welt", wöchentlich erscheinende Unterhaltungsbeilage, 10 Pfg. im Monat.
Verlag u. Buchhandlung:
Halle (Saale), Harz 42-44.
Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags.
Fernsprechanschluß Nr. 1047.
Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16106.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis:
Die sechsgespaltene, 46 mm Kolonelzeile kostet 20 Pfg., für außerhalb des Verbreitungsb zirks 25 Pfg. Anzeig. unter Text: für die 92 mm breite Reklamezeile 75 Pfg.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung:
Halle (Saale), Harz 42-44.
Fernsprechanschluß Nr. 1045.
Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.
Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag bzw. die Nr. 1047.

Zur Verhandlungsfrage.

Aus Brest-Litowsk liegen bis zur Stunde keine Nachrichten über allgemeine Weiterverhandlungen vor. Ebenso ist nicht bekannt, ob die Sonderkommission für die politischen und Territorialfragen weiter tagen und beraten wird. Die Frage der Räumung **der besetzten Gebiete als** Vorbedingung für eine freie und unbeeinflußte **Volksentscheidung** hat die Differenzen in ihrer Grundtiefe aufgezeigt. Ueber ein Weiterverhandeln mit den Russen steht anscheinend noch nichts fest.

Sonderverhandlungen mit der Ukraine.

Brest-Litowsk, 17. Januar. Bei der heute zwischen der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation einerseits und der ukrainischen Delegation andererseits abgehaltenen Besprechung hob Graf Czernin den für die Brest-Litowsker Verhandlungen überhaupt geltenden und auch von der ukrainischen Delegation anerkannten allgemeinen Grundsatz hervor, **daß die Einmischung eines Teiles in die inneren staatlichen Angelegenheiten des anderen ausgeschlossen sei.** Er wies auf die Besprechung der Sicherstellung des Schicksals jener polnischen Minoritäten hin, welche dem künftigen ukrainischen Staat etwa angehören werden.

Diese Erklärungen wurden von der ukrainischen Delegation zustimmend und mit dem Bemerken zur Kenntnis genommen, daß sie auf Grund derselben in die weiteren Verhandlungen eintreten werden.

Bei der weiteren Aussprechung über die Regelung des beiderseitigen wirtschaftlichen Verkehrs wurden keine solchen Divergenzen in den grundlegenden Auffassungen festgelegt, daß sie das Zustandekommen einer Vereinbarung zu hindern vermöchten. Die Beratungen wurden soweit gefördert, daß sie sich bereits auf konkrete Fragen des Warenaustausches erstreckten.

Einen Vertreter Bayerns hat die bayerische Regierung nach Brest-Litowsk gesandt, und zwar den früheren Ministerpräsidenten v. Podewils. Er nimmt an den Friedensverhandlungen teil auf Grund eines Abkommens zwischen Preußen und Bayern 1871, wonach bei Friedensverträgen nach einem Bundeskrieg ein Vertreter des bayerischen Königs zuzuziehen sei. Seine Instruktionen jedoch, so wird offiziös gemeldet, erhalte er von Berlin, vom Reichskanzler.

Eine Wiener Aktion für Kühlmann.

Ein Stoß gegen Bülow.

Ein höchst lehrreicher Vorgang wird aus Wien gemeldet. Die österreichische Regierung ist aus naheliegenden Gründen sehr stark an dem Abschlusse eines Verständigungsfriedens interessiert, der vor allem Dauer verbürgt. Die Politik des Auslandsministers Grafen Czernin weist in dieser Beziehung einen hohen Grad von Verständnis und in gewissem Sinne Entgegenkommens auf. Da hält man in Wiener Regierungskreisen fest zu Kühlmann, bei dem man ähnliche, wenn auch nicht so stark entwickelte Ueberzeugungen zu erblicken glaubt. Als jetzt das Kesseltreiben der alldeutschen und Kriegsinteressenten gegen Kühlmann und für Bülow einsetzte, veröffentlichte das offiziöse Organ der österreichischen Regierung, das Wiener Fremdenblatt folgenden vielsagenden Artikel, den überdies das offiziöse deutsche W. T. B. mit besonderem Nachdruck verbreitet. Das Organ der Wiener Regierungskreise beschäftigt sich mit den Meldungen, daß der frühere Reichskanzler Fürst Bülow lebhaft am Werke sei, dem Staatssekretär von Kühlmann Schwierigkeiten zu bereiten, in der Absicht, sich selbst an seine Stelle zu setzen und sagt:

„Soweit dies eine interne Angelegenheit Deutschlands ist, stehe uns kein Recht zu, uns darüber zu äußern; **dies ist aber keine ausschließlich deutsche Angelegenheit, denn die beiden Monarchien sind miteinander verbunden wie die siamesischen Zwillinge.** Der erste Friedensunterhändler Deutschlands hat auch die allergrößte Bedeutung für Oesterreich-Ungarn, und da muß es offen heraus und klar gesagt werden, daß in Oesterreich-Ungarn nicht der leiseste Zweifel darüber besteht, daß wir zwischen Kühlmann und Bülow keinen Vergleich ziehen können. **Kühlmann genießt das volle uneingeschränkte Vertrauen nicht nur der österreichisch-ungarischen Regierung, sondern auch der Völker Oesterreich-Ungarns, die es** ihm hoch anrechnen, daß er mit ebensoviel Zähigkeit wie Geschicklichkeit, gedeckt durch die Majorität des deutschen Reichstages, seinen Kurs, zu einem baldigen ehrenvollen Frieden zu gelangen, stetig einhält. Fürst Bülow genießt dieses Vertrauen nicht. — Das Blatt erinnert an den Konflikt mit Italien und sagt, daß Bülow damals durch Ausbieten österreichisch-ungarischen Gebietes an die italienische Regierung kein treuer Sekundant war. Wenn also heute von der oder jener Stelle im Deutschen Reiche gesagt und verbreitet wird, Fürst Bülow würde auch bei den Verbündeten ein willkommener Friedensunterhändler Deutschlands sein, so muß dieser Version mit Bedauern aber mit Nachdruck entgegengetreten werden. Fürst Bülow mag auf triftige Gründe hinweisen, die ihn für dieses verantwortliche Amt empfehlen, **der Wunsch der Wiener Kreise mußte aber seine Kalkulation streichen.**"

Also: der Wunsch der Wiener Regierung hat die Kalkulation Bülow gestrichen. Sie entschied für Kühlmann, der dadurch eine starke Stütze bekommt. Dieser Vorgang, dies Zusammenwirken der Regierungen hat seine Bedeutung, die wir festhalten wollen. Freilich: die Bestrebungen der deutschen Kriegskreise gingen weniger auf Bülow als auf Tirpitz hinaus. **Diese Spitze der sogenannten Vaterlandspartei** gilt ihnen als der vielleicht geeignete Mann, um den „Schwert- und Machtfrieden" diktieren, das heißt durch weiteres unbegrenztes Blutvergießen erstreben und erkämpfen zu können. Aus den Wiener Erklärungen möchte man schließen, daß sich die österreichische Regierung (siehe auch die folgende Notiz) recht deutlich für einen baldigen Verständigungsfrieden erklärt. Möge sie auch ihre praktischen Maßnahmen in Brest-Litowsk dementsprechend einrichten.

Czernin hofft auf Verständigung.

Wien, 17. Januar. Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses machte Ministerpräsident v. Seidler im Einvernehmen mit dem Minister des Aeußern Grafen Czernin einige Eröffnungen über den Stand der Verhandlungen in Brest-Litowsk. Er führte aus: Die Schwierigkeiten, die im Laufe dieser Verhandlungen noch zu besiegen sind, dürfen nicht unterschätzt werden. Das ganze Streben des Ministers des Aeußern, Grafen Czernin, ist darauf gerichtet, im Sinne des von ihm in der Friedensfrage stets eingenommenen und öffentlich vertretenen Standpunktes **zu einer Verständigung zu gelangen, welche auf dem Programm eines Friedens ohne Annektionen und Kontributionen** fußt, und welche gleichzeitig unter Wahrung des Gesichtspunktes der Gegenseite die eigenen Interessen wahrt. Der Minister des Aeußern blickt der weiteren Entwicklung der Beratungen mit Vertrauen entgegen und zweifelt nicht, **daß es gelingen wird, die Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen,** welcher die Entwicklung der freundnachbarlichen Beziehungen zu unserem östlichen Nachbar für die Zukunft sichert. Der Ministerpräsident bemerkte schließlich: Ich möchte dem aufrichtigen Wunsche Ausdruck geben, daß ich bald in der Lage sein werde, dem Reichsrate noch günstigere Nachrichten mitzuteilen als heute.

Euer großartiges Eintreten für den Internationalismus.

Die unabhängige [illegible] für Gem[illegible] Frieden.

London, 16. Januar. Der Manchester Guardian gibt ohne Datumsangabe folgendes Telegramm der Independent Labour Party (Unabhängigen Arbeiterpartei) an Trotzki wieder: **„Nachdem Lloyd George und Wilson, ebenso wie die Vertreter der Mittelmächte Ihre Formel „Keine Annektionen, keine Entschädigungen" angenommen haben und wir glauben, daß die Anwendung dieses Grundsatzes im einzelnen lediglich in einer Vollkonferenz möglich ist, dringen wir in unsere Regierung, unverzüglich an Verhandlungen zu einem allgemeinen Frieden teilzunehmen. Wir sind von Herzen mit Euch in Eurem großartigen Eintreten für den Internationalismus."**

Kriegszielrevisionen.

Der amerikanische Staatssekretär des Aeußeren, Lansing, hat zu der Kriegszielbotschaft Wilsons Erklärungen abgegeben, die wie eine Dementierung der Kammerrede des französischen Ministers des Aeußeren wirken. Zunächst hat er im Senat auf eine Anfrage des Senators Stone geantwortet, daß Amerika keine direkten Verhandlungsvorschläge eines der Kriegführenden ablehnen werde. Damit ist der Kriegszielbotschaft Wilsons noch stärker als zuvor der Charakter eines Friedensangebotes gegeben worden.

Im Repräsentantenhause legte Lansing die Worte Wilsons über Elsaß-Lothringen dahin aus, daß Wilson Elsaß-Lothringen gegenüber an dem Selbstbestimmungsrecht der Völker festhalte. Die Außerachtlassung dieses Rechtes im Jahre 1871 sei das von dem Präsidenten gerügte Unrecht an Elsaß-Lothringen. Diese Auslegung stützt ebensowenig wie die Kriegszielrede Lloyd Georges die Behauptung Pichons, daß die englische wie die amerikanische Regierung hinter der Forderung der französischen Regierung wegen Elsaß-Lothringens stünden. Die Erklärung, die Lansing der Kriegszielbotschaft Wilsons gegeben hat, stellt der Forderung der französischen Regierung nach „Desannektion" Elsaß-Lothringens ebenso deutlich die Forderung des freien Selbstbestimmungsrechts entgegen, wie Philipp Snowden sie Albert Thomas gegenüber festgestellt hat.

Während in Deutschland die Forderungen der Alldeutschen Boden gewinnen, geht in der Entente ein bedeutsamer Prozeß der Revision der Kriegsziele vor sich. Diese Entwicklung muß die Behauptung des Herrn von Tirpitz, daß nicht Elsaß-Lothringen, nicht Mesopotamien, Syrien und die Ueberseefragen das Friedenshindernis bilden, sondern Belgien, bestätigen.

Die nächste Alliiertenkonferenz.

Die nächste Pariser Konferenz soll laut Pariser Meldungen voraussichtlich am 21. Januar beginnen und etwa bis zum 24. Januar dauern.

Gegen die internationale Verhetzung.

Im Pariser Journal du Peuple vom 9. Januar entwickeln französische Sozialisten ihren Standpunkt in der elsaß-lothringischen Frage. Einer führt aus: „Die Rückkehr Elsaß-Lothringens würde unserm Nationalstolz eine berechtigte Befriedigung gewähren, aber ich glaube nicht, daß die Elsaß-Lothringer selbst die Rückkehr um den Preis unseres Todes und des unserer guten englischen Freunde wünschen. Es ist schade, daß Lloyd George diesen großen Schritt voran nicht schon vor einem Jahre getan hat; vielleicht wäre dann der Friede schon geschlossen. **Eine vernünftige Sprache bedeutet mehr für einen Frieden des Rechts als die Eroberung irgendeiner** noch so **wichtigen Stellung.** Das deutsche Volk hätte schon längst seinen friedlichen Willen geäußert, wenn man bei uns nicht die Wahnsinnigen frei herumlaufen ließe. Um die deutsche Einheit aufrechtzuerhalten, genügt es, den Deutschen Auszüge aus den französischen Zeitungen zu veröffentlichen. Was sollten die Leute anders tun, denen man schwarz auf weiß bewies, daß man sie ausrotten wollte? Die Worte unserer Heimkrieger waren das beste Reizmittel."

Diese letzten Ausführungen gelten für die Kriegshetzpresse aller Länder.

Friedensvertrag und Friedenszustand.

Von Ed. Bernstein.

Gleichviel ob die Verhandlungen in Brest-Litowsk weitergehen, abgebrochen oder nur unterbrochen werden, ist es gut, eine Betrachtung anzustellen über eine Unterscheidung, deren sich ein sehr großer Teil unseres Volkes noch nicht in dem Maße bewußt ist, als man dies von einer Nation, die auf die Bezeichnung „politisch gebildet" Anspruch erhebt, erwarten sollte und verlangen muß. Nämlich wie es der Titel dieses Artikels anzeigt, die Unterscheidung zwischen Friedensvertrag und Friedenszustand. In den letzten Monaten hat man auf Schritt und Tritt in Gesellschaften, in Wirtschaften, auf der Straßenbahn usw. viel vom Frieden mit Rußland schwärmen gehört. Aber wenn es dazu kam, sich näher darüber auszusprechen, was man unter „Frieden mit Rußland" verstand, so stellte sich heraus, daß nur unerhört wenige sich die Mühe genommen hatten, darüber nachzudenken, was diese erstrebte Sache nun eigentlich sein sollte und wirklich sein konnte.

Ein Freund, der von den russischen Dingen etwas versteht und den gegenwärtigen Kampf vom Standpunkt des objektiv denkenden und das Interesse der ganzen Völkerfamilie unserer Zeit im Augen haltenden philosophischen Beobachters verfolgt, schrieb uns kürzlich darüber einen Brief, der, obwohl der unmittelbare Anlaß zu seiner Abfassung nicht mehr besteht, doch noch nicht veraltet ist und schwerlich auch so bald veralten wird. Wir lassen daher ei[illegible] Form in Betracht kommen:

„Wenn man die Frage „Friede mit Rußland" ausschließlich vom Standpunkt deutscher Interessen und obendrein sogar unter dem Gesichtswinkel der sogenannten Vaterlandspartei betrachtet, so stellt sich bei näherer Untersuchung heraus, daß unter den von dieser Partei aufgestellten, von ihr als wünschenswert oder als „gerecht" bezeichneten Bedingungen das Streben nach Frieden mit Rußland unter den gegebenen Verhältnissen tatsächlich auf ein Streben nach Vogelmilch hinausläuft.

Unter Frieden ist dem strengen Begriff des Wortes nach ein Friedenszustand zu verstehen, der für gewöhnlich zwar in einem mit Tinte auf Papier geschriebenen sogenannten Friedensvertrage seinen Ausdruck, aber eben nur dessen Ausdruck, d. h. nur ein konventionelles Zeichen für sein Dasein, nicht aber die Vergegenständlichung dieses Daseins selbst findet. Wie z. B. die arabische Ziffer 2 keineswegs mit dem Begriffe „zwei" identisch ist oder gar sich mit ihm deckt. Man kann sich nicht scharf genug dessen bewußt bleiben, daß Friedensvertrag und Friedenszustand nicht ein und dasselbe sind. Wohl kommt es häufig genug vor, daß beide gleichzeitig in realer Wirklichkeit bestehen, weshalb sie eben von vielen Leuten schon für identisch gehalten werden. Es wird sich aber jeder unschwer Fälle vorstellen können, wo ein Friedenszustand ohne Friedensvertrag herrscht, (z. B. zwischen Deutschland und Patagonien) und umgekehrt solche, wo ein Friedensvertrag besteht, nicht aber ein Friedenszustand herrscht (z. B. zwischen Rußland und Persien!). Es soll jedoch angenommen werden, daß in Deutschland allgemein nicht etwa nur ein Friedensvertrag mit Rußland angestrebt wird, sondern ein wirklicher Friedenszustand. Ist man sich darüber klar, so muß man sich Klarheit noch über ein zweites verschaffen, nämlich über den Begriff Rußland.

Unter „Rußland" ward bis vor kurzem ein bestimmtes Staatsgebilde verstanden, das vermöge einer guten oder schlechten, wie man es auffaßt, tatsächlich aber ziemlich fest bestehenden Staatsorganisation einen konventionell, d. h. im Diplomatischen Verkehr anerkannten einheitlichen Willen besaß, den es in einem für seine sämtlichen Staatsangehörigen verbindlichen Vertrage ausdrücken und durch Unterschrift und Siegel sanktionieren konnte. Dieses Staatsgebilde konventionell einheitlichen Willens existiert jedoch nunmehr nicht nur tatsächlich nicht mehr, sondern nicht einmal rechtlich

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 18. Januar 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Auf dem größten Teil der Front war die Gefechtstätigkeit gering, lebhafter in der Gegend südwestlich von Cambrai. Bei kleineren Unternehmungen nördlich und nordöstlich von Prosnes wurden Gefangene eingebracht.

Oestlicher Kriegsschauplatz. **Nichts Neues.**

An der mazedonischen und italienischen Front ist die Lage unverändert.

Ein U-Boot in amerikanischen Gewässern? Frankfurt (Main), 18. Januar. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Bern: Das Journal verbreitet aus Neuyork eine Meldung, dort gehe das Gerücht, daß ein Tauchboot 100 (engl.) Meilen vor der Bucht von Galveston (dem Haupthafen von Texas) einen amerikanischen Dampfer versenkt habe. Die Nachricht habe unter dem Publikum große Erregung verursacht und an der Börse eine allgemeine Baisse hervorgerufen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180118-15/fragment/page=0001

bzw. staatsrechtlich! Das Einzige, was geblieben ist, ist lediglich die Hoffnung oder die Vermutung, daß früher oder später die Bevölkerung dieses großen Teils des Erdballs sich staatsrechtlich einheitlich zusammenschließen wird.

Wer gegenwärtig mit Rußland verhandeln oder gar Verträge schließen will, der mußte und müßte es mit Petersburg, Moskau, Großrußland, Weißrußland, Baltenland, Finnland, Neurußland (Odessa und Schwarzmeerküste), Donsches Kosakengebiet, Kaukasus, Sibirien usw. tun. Und selbst wenn er dies täte, hätte er durch den bloßen Vertrag nichts Endgültiges erreicht, denn er hat keine Bürgschaft dafür, daß nicht aus den aufgezählten Teilen des Reiches sich noch andere sogenannte selbständige Staaten herausschälen. Die von der Regierung von Petersburg nach Brest-Litowsk entsandten Unterhändler vertraten ein „Rußland", das nicht nur bewußt und weltbekannt im Bürgerkriege gegen verschiedene andere Teile des bisherigen Rußland stand und steht, sondern formalrechtlich selbst das Recht jeden Teils proklamiert hat, sofern es seiner Bevölkerung beliebe, sich für einen selbständigen Staat alle Verträge bisheriger Machthaber, das in Petersburg vertretene Rußland eingeschlossen, null und nichtig sein würden. Welchen weiten Umfang die Maximalisten diesem Revolutionsrechte gegeben haben, ist allgemein bekannt.

Es ist daher klar, daß unter diesem revolutionären Rechtszustand alles, was in Brest-Litowsk gesprochen, geschrieben oder unterzeichnet worden wäre oder nicht, dadurch noch keinerlei Verpflichtung von sicherer Dauer abgeben kann. Getroffene Abmachungen würden nur dann eine solche Dauer in Aussicht stellen, wenn die in ihr niedergelegten Bedingungen verhältnismäßig so günstig für ganz Rußland sein würden, daß man begründetermaßen annehmen könnte, jede künftige Vertretung allgemeiner oder örtlicher Macht würde ein reales Interesse daran haben, an diesen Bedingungen festzuhalten. Dieser Voraussetzung entsprechen offenbar die russischerseits in Brest-Litowsk vorgeschlagenen Friedensbedingungen. Nahm man sie an, so konnte man mit genügendem Grunde sich der Auffassung hingeben, Ernsthaftes für einen Frieden mit Rußland ausgerichtet zu haben. Abmachungen dagegen, die auf jenen Vorschlägen Entgegengesetztes hinauslaufen würden, in Wirklichkeit nur Selbsttäuschung bedeuten und die Geister in eine trügerische Selbstberuhigung einlullen."

Soweit unser Freund. Der Stand der Verhandlungen hat sich seit Abfassung seines Briefes einigermaßen verändert und, so vieles auch im Augenblick, wo dies geschrieben wird, noch im Dunkel gehalten wird, nicht unwesentlich geklärt.

Was aber, wenn die Verhandlungen abgebrochen werden und deutscherseits den russischen Delegierten oder dem hinter diesen stehenden Revolutionsausschuß der Sache nach erklärt wird, sie mögen dort, wo sie die Macht haben, nach ihren Grundsätzen verfahren, Deutschland werde, auf seine Machtlage gestützt, in den Gebieten, die es besetzt halte, die ihm für richtig und zweckmäßig erscheinenden Maßnahmen treffen? Dann tritt diejenige Lage ein, auf die mein Artikel über die internationale Politik der Maximalisten hindeutete. Dieser Artikel ist von den Chemnitzer Mitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokratie mit einem Protest beantwortet worden, worin behauptet wird, daß er die Bolschewiki beleidigen und irreführen müsse. Ohne den Chemnitzer Genossen das Recht der Kritik in irgendeiner Weise bestreiten zu wollen, muß ich doch entschiedene Verwahrung dagegen einlegen, daß man in unserer Partei dazu übergeht, gegen Artikel, deren Inhalt man aus dem einen oder anderen Grunde für unrichtig oder unzweckmäßig hält, in dieser Weise Bannsprüche zu erlassen. Das Tun der Bolschewiki oder Maximalisten ist nicht nur für Rußland, sondern für die ganze europäische Völkerfamilie von größter Wichtigkeit, und da muß es für jeden Sozialisten um [illegible] freistehen, es im Hinblick auf seine voraussichtlichen [illegible] des Empfängers [illegible] Maximalisten [illegible] Verbraucher einzuführen [illegible] auch sein mögen, elementare demokratische Pflicht ist. Wenn die Chemnitzer das, was mein Artikel darlegte, sachlich widerlegen können, so wird mir das nicht nur recht, sondern sogar erwünscht sein. Denn er wies auf eine Gefahr hin, die sich immer deutlicher als sehr real herausstellt, und mit bloßen Worten nicht gebannt werden konnte.

Zur gegenwärtigen Sachlage noch folgendes. Man kann die Frage aufwerfen, ob nicht die Russen dadurch, daß sie das Recht der Selbstbestimmung in so weitem Umfange proklamiert haben, den gegnerischen Unterhändlern die Waffe in die Hand gedrückt haben, ihnen zu erklären, ihr Wort oder das ihrer Regierung gebe keine genügende Sicherheit für die getreue Einhaltung etwaiger Abmachungen. Das wird aber gerade durch den oben zitierten Brief widerlegt. Es träfe nämlich nur dann zu, wenn diese Abmachungen Bestimmungen enthielten, die gegen die demokratischen Grundsätze verstoßen und die Lebensbedingungen der in Frage kommenden Bevölkerung ernsthaft gefährden. Wahre Friedensbedingungen sind nur solche, die in sich selbst die Gewähr der Dauer tragen. Nur sie verbürgen einen wirklichen Friedenszustand. Dieser ist noch lange nicht damit erreicht, daß die Kriegswaffen für eine Weile schweigen. Es tritt dann höchstens der Zustand eines Scheinfriedens ein, und was der für die Völker bedeutet, haben wir zur Genüge erfahren. Ob er der Welt nach diesem furchtbaren Blutopfer erspart bleibt, hängt unter anderem davon ab, ob die Maximalisten gewillt und in der Lage sind, ihr Tun in der äußeren Politik durchgängig in Einklang zu setzen mit den von ihnen verkündeten Grundsätzen sozialdemokratischen Völkerrechts, die der vollen Anerkennung durch die Sozialisten aller Länder sicher und würdig sind.

Englische Kriegsflottenverluste. Der Flottenkorrespondent der Daily News beziffert laut L.-A. den Verlust der englischen Kriegsflotte im Jahre 1917 auf 38 Einheiten.

Von der Krise in Frankreich. Pariser Meldungen zufolge hat Caillaux gegen den Haftbefehl des Untersuchungsrichters die Beschwerde eingelegt. Das Militärgericht im Strafverfahren wider Caillaux hat sich als zuständig erklärt. — Der Deputierte Loustolot ist ebenfalls verhaftet worden.

Die Aburteilung des Mörders von Jaurès wurde in Paris von neuem auf die nächste Schwurgerichtssitzung verschoben. Um die Form zu wahren, wird Villain von einer neuen ärztlichen Kommission wieder einmal auf seinen Geisteszustand untersucht werden.

Aus Ostafrika. Lissabon, 16. Januar. Eine offiziöse Note über die Lage in Portugiesisch-Ostafrika gibt bekannt, daß acht deutsche Kompagnien das Gebiet von Matarica besetzt und sehr starke Stellungen mit Maschinengewehren angelegt haben. Man erwartet noch ihr in den nächsten Tagen ein Kampf mit den Alliierten. Der Gouverneur von Quelimane meldet, daß die Deutschen verschiedene Punkte dieser Provinz besetzt haben.

Jährliche Einstellung von 700 000 Mann in Amerika. Washington, 16. Januar. Auf Ersuchen des Kriegsdepartements brachte Chamberlain, der Vorsitzende des Militärausschusses des Senats, ein Gesetz im Senat ein auf militärische Registrierung aller männlichen Personen, die seit dem 5. Juni 1917 das 21. Lebensjahr erreicht hatten. Die Maßnahme ist dazu bestimmt, die Forderungen des Oberstmarschalls General Crowder zur Ausführung zu bringen, solange der Krieg dauert, jährlich 700 000 Mann in die Armee einzustellen.

Wilson ernennt sich einen „Arbeitsrat". Washington, 15. Januar. Wilson hat den Arbeitersekretär William Bauchor Wilson an die Spitze des Kriegsamtes gestellt mit der Ermächtigung, einen Arbeiterrat ins Leben zu rufen, der ihm beratend zur Seite stehen soll. Der Präsident habe ihm Vollmachten gegeben, das ganze Kriegsamtsproblem einschließlich der Verteilung und des Transportes, sowie die Wohnungsfrage und die Frage der Anlernung von Arbeitern zu behandeln.

Kohlenmangel in Amerika. Washington, 16. Januar. Um dem Kohlenmangel abzuhelfen, wurde angeordnet, daß alle Industrieanlagen in den Vereinigten Staaten, soweit sie nicht Lebensmittel erzeugen, fünf Tage lang geschlossen werden sollen, ebenso werden sie zehn Wochen lang (einschließlich Theater) jeden Montag außer Betrieb gesetzt werden. Unter diesen neuen Bestimmungen wird den Zeitungen gestattet sein, Kohle für je eine Ausgabe täglich zu verbrauchen. Die Geschäftsgebäude dürfen fünf Tage in der Woche geheizt werden, müssen aber an Montagen und Feiertagen geschlossen bleiben.

Rußland.

Ultimatum an die rumänische Regierung.

Petersburg, 15. Jan. Die Regierung erläßt folgende Verfügung: Der Kommandant der 49. Division teilt uns mit, daß die rumänischen Behörden feindliche Handlungen gegen russische Soldaten unternehmen und keinen Lebensmitteltransport durchlassen. Das 194. Regiment der 49. Division wurde von rumänischen Streitkräften umzingelt und entwaffnet, die auch den Ausschuß des 195. Regiments und österreichische Offiziere, die zum Besuch der russischen gekommen waren, verhafteten. Der Rat der Volkskommissare verlangt die Freilassung der verhafteten Soldaten und Offiziere, Bestrafung der militärischen Behörden, die die Verhaftungen vorgenommen haben, und Sicherheiten dafür, daß sich derartige Vorfälle nicht wiederholen. **Falls eine Antwort innerhalb 34 Stunden nicht erfolgt, wird unsere Reklamation als ein neuer Bruch betrachtet werden und wir werden die nachdrücklichsten militärischen Maßnahmen treffen.** Gez.: Lenin, Oberbefehlshaber Krylenko und Kriegsbevollmächtigter Podwojski.

Weitere Meldungen besagen, die Einstellung des gesamten Post-, Telegramm- und Handelsverkehrs mit Rumänien sei auf Befehl der Bolschewiki vollzogen worden.

Die Verhaftung des rumänischen Gesandten Diamandi in Petersburg erfolgte in der Nacht zum 15. Januar wegen grausamer Unterdrückungsmaßregeln der rumänischen Regierung gegenüber russischen Soldaten. Das ganze diplomatische Korps begab sich auf Anregung der französischen und englischen Botschaft zu Lenin, und die Kommissare bewilligten die Freilassung auf den Vorschlag des amerikanischen Botschafters hin, daß er in seinem Namen der rumänischen Regierung eine Erklärung gegen die Gewaltmaßregeln Rumäniens gegenüber russischen Soldaten senden werde. Um 3 Uhr früh wurde der Befehl erteilt, Diamandi freizulassen.

Wie die Presse bestochen wird.

Ueber die Käuflichkeit der kriegshetzerischen Presse durch die imperialistischen Regierungen bestand auch schon vor dem Kriege nirgends ein Zweifel. Nur ist es schwer, die direkten Kanäle, durch die das Geld der Presse zufließt, aufzudecken. Die Veröffentlichungen der russischen Geheimakten beleuchten jetzt einige Beispiele.

Petersburg, 15. Januar. **Bestechungen der Presse.** Auf einem in Geheimarchiven aufgefundenen Schriftstück sind Ausgaben zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Italien, der Schweiz, den Niederlanden, Spanien, Persien und den Vereinigten Staaten verzeichnet. Der amerikanische Journalist [illegible] Einklang [illegible] im März 1915 2500 Dollars [illegible] gewisser Landfeld für Einrichtung eines Pressebureaus 3500 Dollars, der russische Journalist Dobroff für die Zeitung Rußki Emigrant 22 000 Dollars.

Politische Uebersicht.

Die Verschleppung der Wahlreform

geht weiter. Am Donnerstag hat die Wahlrechtskommission wieder verhandelt und allgemein geredet, wobei nur Bekanntes gesagt wurde. Nach langer Debatte wurde endlich die allgemeine Aussprache geschlossen. Nun aber ging man nicht etwa an die Beratung des Wahlrechts, nein, die Mehrheit fügte sich den Verschleppungsabsichten und beschloß, zunächst die — „Herrenhausreform" zu beraten. An diesen Einzelheiten lassen sich einige Monate die schönsten Debatten führen, um dann schließlich doch reaktionäre Beschlüsse zu fassen. Es ist ungeheuerlich, daß das Dreiklassenhaus überhaupt die Herrenhausfrage aufrollt und noch „reformieren" will. Durch die Wahlrechtsvorlage, die eine (gewisse) Gleichheit des Wahlrechts vorsieht, ist dem Abgeordnetenhause die Grundlage für weitere gesetzgeberische Taten moralisch entzogen. Es hat nur noch seine eigene Reform zu beschließen und dann abzutreten, um einer Volksvertretung Platz zu machen. Dieser neuen Volksvertretung müßte auch die Herrenhausfrage zur Entscheidung vorbehalten bleiben. Aber das will man nicht. Gelingt es gar, alle drei Vorlagen (Wahlrecht, Herrenhaus-Rechtserweiterung und Beschränkung des Budgetrechts des Abgeordnetenhauses) in einem Mantelgesetz zu verkoppeln, so ist eine Durchführung der Wahlreform überhaupt ganz unwahrscheinlich geworden. Die Aussichten des gleichen Rechts für Preußen sind trübe.

Der Herr des Zivilkabinetts.

Berlin, 17. Januar. Der Chef des Zivilkabinetts von Valentini ist zurückgetreten. An seiner Stelle wurde Herr v. Berg, bisher Oberpräsident von Ostpreußen zum Chef des Zivilkabinetts ernannt.

Der Herr des Zivilkabinetts ist im deutschen Regierungsapparate ein sehr einflußreicher, sehr mächtiger Mann, solange ihn der Kaiser in seinem Amte beläßt. Er bearbeitet die Personalfragen, Minister-Ernennungen usw. Er hat bei den letzten Reichskanzlerkrisen auch mit den Führern der Reichstagsfraktionen verhandelt. Warum v. Valentini jetzt geht, ist natürlich nicht bekannt, der Schwatz darüber in der bürgerlichen Presse beruht auf Vermutung und dient nur zur Fütterung der Sensationsinstinkte politisch naiver Leser. — Eine Meldung besagt, daß noch weitere Veränderungen als Folge des Abgangs Valentinis (der 10 Jahre lang das Amt innehatte) geplant oder schon im Gange seien.

*

Die alldeutsche und die Kriegsinteressentenpresse ist übrigens sehr befriedigt über den Abgang Valentinis. Er sei ein Freund und eine feste Stütze der Bethmannschen Versöhnungspolitik gewesen und habe nach der Schlacht am Skagerrak ausgerufen: „Dieser Schlag gegen Englands Flotte in diesem Augenblick sei verhängnisvoll, da man gerade vor einer Verständigung mit England gestanden habe." Er habe auch immer zu den Gegnern des U-Boot-Krieges gehört. Und so weiter. Nach der Kriegspresse sei also jetzt ein gewisses passives Hindernis beseitigt, das einem „starken Sieg-, Schwert- und Machtfrieden" im Wege gestanden habe.

Ein Machtvorstoß im Herrenhause.

Berlin, 16. Januar. Dem Herrenhaus ist folgender Antrag Graf v. Behr-Behrenhoff und weiterer Großen zugegangen: Das Herrenhaus wolle beschließen: Das Herrenhaus spricht die Zuversicht aus, daß die Königliche Staatsregierung auf einen Frieden hinwirken wird, bei dessen Abschluß die dem deutschen Kaiser im Artikel elf der Reichsverfassung vorbehaltenen Rechte voll gewahrt werden. Dieser Frieden muß den gebrachten Opfern, den Bedürfnissen militärischer Sicherung und den politischen und wirtschaftlichen Lebensinteressen des Vaterlandes gerecht werden.

In einer Begrundung heißt es: Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat die Frage aufgeworfen, in wessen Namen die deutschen Unterhändler in Brest-Litowsk Erklärungen abgeben, ob im Namen der Reichstagsmehrheit, oder im Namen einer Militärpartei. Dem gegenüber ist zu betonen, **daß das ausschließliche Recht, Krieg zu führen und Frieden zu schließen, verfassungsmäßig dem deutschen Kaiser zusteht.** Dabei können lediglich deutsche Interessen maßgebend sein.

Was dieser Vorstoß bedeutet, ist klar.

*

Das Herrenhaus hielt am Donnerstag eine Sitzung ab. Graf Yorck erklärte, daß er den Antrag vorläufig von der Besprechung zurückziehe, da auch der Hauptausschuß des Reichstages von einer Debatte über Brest-Litowsk bisher abgesehen habe. Die Herren behalten sich den geeigneten Zeitpunkt für den Schlag vor.

Der Vorsitzende des Kriegsbeschädigtenbundes ward durch Militärverfügung stillgesetzt.

Berlin, 17. Januar. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung veröffentlicht **eine Verfügung des Oberbefehlshabers in den Marken,** in der dem Vorsitzenden des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer Erich Kuttner **jede weitere Tätigkeit für diesen Bund** auf Grund des Belagerungsgesetzes verboten wird. Kuttner hatte in einer Versammlung an die Kriegsbeschädigten die Aufforderung gerichtet, **die Bänder ihrer Kriegsorden abzulegen.** Diese Aufforderung, der zahlreiche Inhaber des Eisernen Kreuzes Folge geleistet haben, sei geeignet, die im Heere und Volke hochgeachtete Kriegsauszeichnung verächtlich zu machen. Das Verhalten beweise, daß Kuttner die sachliche Leitung des Bundes nicht gewährleiste. (W. T. B.)

Eine Bemerkung zu dieser Meldung machen wir nicht, werden aber mitteilen, was die Berliner Presse dazu ausführt.

Das „gleiche und allgemeine" Wahlrecht der Reaktion.

Die reaktionäre Deutsche Zeitung veröffentlicht einen Wahlrechtsentwurf des Mittelständlers Schiele, der die Absichten der Reaktion in Preußen trefflich enthüllt. Dieser Entwurf beginnt:

„Wie muß das neue preußische Wahlrecht aussehen? Es soll gleich und direkt sein. Warum? Weil unsere Zeit demokratisch ist, darum muß auch das Wahlrecht demokratisch sein. Aber es darf nicht alle Torheiten des Tages erfüllen. Die Bedingungen sind:

1. Das aktive Wahlrecht soll erst mit 30 Jahren beginnen."

Warum? Weil die junge, mit dem Zukunftsideal des Sozialismus erfüllte Arbeiterschaft ausgeschlossen werden muß.

„2. Jeder Mann, der 50 Jahre alt geworden ist, erhält eine Stimme mehr."

Warum? Weil die Aussichten, 50 Jahre alt zu werden, für Arbeiter geringer sind als für den Besitzenden.

„3. Wer verheiratet ist und drei eheliche Kinder bis zum arbeitsfähigen Alter (15 Jahre) großgezogen hat, erhält eine Stimme mehr."

Warum? Weil das einem Besitzenden leichter fällt als dem Arbeiter.

„4. Wer Grundeigentum hat, ein Haus von 5000 Mark Wert oder 10 Morgen Land, erhält eine Stimme mehr."

Warum? Weil der Besitz zu allem Vorteil noch einen Extravorteil haben muß, damit nicht Besitzlose über sein Portemonnaie entscheiden.

„5. Wer in irgendwelcher Art Meister, Arbeitgeber, Unternehmer ist, d. h. einen erwachsenen männlichen Arbeiter jährlich voll beschäftigt und besoldet, hat ebenfalls eine Stimme mehr."

Warum? Weil die Herrschaft des Besitzes über das Proletariat auch im Wahlrecht verewigt werden soll.

„6. Jeder, der sechs Jahre in der Selbstverwaltung ehrenamtlich als Stadtrat, Stadtverordneter, Kreistagsmitglied, Ortsschulze, Ortsschöffe tätig gewesen ist, erhält eine Stimme mehr."

Warum? Weil in die Selbstverwaltungskörper auf Grund des Klassenwahlrechts gewählt wird, und weil dadurch die Bildung einer reaktionären Majorität erleichtert wird.

Dieses Wahlrecht des Herrn Schiele hat aber noch ganz besondere Eigenschaften, die er zuletzt aufzählt. Zum Schluß heißt es bei ihm, daß dies Wahlrecht **keine Klassenunterschiede kenne,** und obendrein:

„Dies Wahlrecht ist gleich und allgemein. Es entspricht dem königlichen Wort. Es taugt für den Staat, es würde auch für die Gemeinde taugen. Es ist sehr demokratisch, aber immerhin, man kann es damit wagen."

Eine kedere Verhöhnung der Volksforderung nach einem demokratischen Wahlrecht als diese Ausgeburt des reaktionären Geistes ist schwerlich denkbar.

Haenisch macht alles!

Der Düsseldorfer Generalanzeiger, ehemals ein Blatt farb- und charakterlos, ist mehr und mehr ins alldeutsche Lager übergegangen. Jüngst hat er seinen Namen gewechselt. Generalanzeiger heißt er nur noch im Untertitel, sein Hauptname ist jetzt Düsseldorfer Nachrichten. Die Titeländerung wird in Beziehung gebracht mit dem Uebergang des Blattes in den Besitz von Krupp. Wenigstens hat das Düsseldorfer Zentrumsblatt behauptet, daß Krupp das Blatt erworben habe, und es hält diese Behauptung gegenüber dem Widerspruche des bisherigen Verlegers der allerdings wenig überzeugend klingt, aufrecht.

Dieses alldeutsch-annektionistischscharfmacherische Blatt bringt nun einen Artikel über Karl Radek, mit den einleitenden Worten: „Landtagsabgeordneter Konrad Haenisch, von der sozialdemokratischen Partei, schreibt uns: Und der Verfasser, eben „Herr Konrad Haenisch von der sozialdemokratischen Partei" schreibt einleitend:

„Ich erhalte die Aufforderung der Düsseldorfer Nachrichten, einige Worte über Karl Radek zu sagen, mitten in einer Vortragsreise, zwischen zwei Versammlungen, zwischen zwei anstrengenden Eisenbahnfahrten. Deshalb nur ganz kurz ..."

Der arme Konrad hat es allerdings nicht leicht. Er ist jetzt neben Tirpitz, Pfarrer Traub und dergleichen Sehenswürdigkeiten einer der meistredenden und meistschreibenden Persönlichkeiten und wird insbesondere auch in alldeutschen Kreisen sehr geschätzt, wie die Aufforderung des Kruppblattes, ihm einen Artikel über Radek zu schreiben, beweist. Haenisch wirft in dem Artikel seinem ehemaligen Freunde Radek „ausgesprochenen Mangel an Takt" vor. Wir glauben, daß Radek seinem ehemaligen Gesinnungsgenossen Haenisch einen ausgesprochenen Mangel vorwerfen könnte, der schlimmer ist als ein Mangel an Takt.

(Erklärend ist zu wiederholen, daß Karl Radek, der früher auch in der deutschen Sozialdemokratie sehr bekannt und wirksam war, in Rußland von der Regierung zur Leitung der Petersburger Telegraphenagentur bestellt ist und auch andere Regierungsämter zu versehen hat. Radek gehört wegen seiner klaren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180118-15/fragment/page=0002

und rücksichtslosen Bekämpfung des Militarismus, Kapitalismus und Imperialismus zu den am meisten gehaßten internationalen Sozialisten. Die deutschen Regierungssozialisten haben ihn ganz besonders auf dem Kicker.)

Das Märchen von den hohen Arbeiterlöhnen.

Die kapitalistische Presse entrüstet sich fast tagtäglich über die hohen Arbeiterlöhne, die in Deutschland während des Krieges verdient werden. Den Vogel schießt dabei natürlich die mit schwerindustriellem Geld ausgehaltene Deutsche Zeitung ab, die sich „aus glaubwürdiger Quelle“ schreiben läßt:

„Am 4. Januar stand in Ihrer Zeitung, wohl als ein ganz besonderer Fall mitgeteilt, daß im Industriegebiet eine Arbeiterfamilie mit mehreren erwachsenen Söhnen und Töchtern 2000 Mk. monatlich verdient, das wären 24 000 Mk. im Jahre. Dieser Fall dürfte kein außerordentlicher sein, d. h. ein Durchschnittsfall. Ein Beamter der Stadt Bochum erzählt mir jüngst als einen im Betriebe von Krupp in Essen festgestellten Fall folgendes: Der Vater arbeitet als Obermonteur, also als bester Arbeiter, der 18 jährige Sohn auch als gelernter Arbeiter — vielleicht auch als Monteur — und drei Töchter im Alter von 19 bis 24 Jahren als Arbeiterinnen. Diese Familie hat im verflossenen Jahre an Lohn 80 000 Mk. verdient.“

Wenn eine Familie von etwa 6 bis 8 vollen Arbeitskräften jährlich 24 000 Mk. verdient, kommt auf die Arbeitskraft 3000 bis 4000 Mk. jährlich. Von der gewaltigen Preissteigerung im Industriegebiet, wo die notwendigsten Lebensmittel um das zehn- und mehrfache im Preis gestiegen sind, davon, wie sehr die Lohnsteigerung hinter der Preissteigerung zurückgeblieben ist, wollen wir gar nicht viel reden. Die Hauptsache ist, daß es offenbar unwahr ist, wenn die kapitalistische Presse einzelne Fälle besser bezahlter Arbeiter als „Durchschnittsfälle“ hinstellt. Die Lohnstatistiken der Krankenkassen zeigen nur zu genau, mit welch unzulänglichen und kümmerlichen Löhnen die übergroße Mehrzahl der Arbeiter zur Zeit der Preistreiberei sich durchs Elend schlagen muß!

Aus der Provinz.

Die Provinz Sachsen im preußischen Etat.

Etat der Bergverwaltung. 120 000 Mk. zu Anlagen zur Erzeugung flüssigen Sauerstoffs für das Salzwerk in Staßfurt.

Eisenbahnetat. (Direktionsbezirk Erfurt.) 600 000 Mark fernerer Teilbetrag für Umbau des Bahnhofs Weißenfels. 400 000 Mk. für Herstellung einer unmittelbaren Einfahrt für Güterzüge der Hauptbahnen von Nordhausen und Sangerhausen nach den Ablaufgleisen des Güterbahnhofs Erfurt. 400 000 Mk. erster Teilbetrag für Erweiterung der Gleis- und Bahnsteiganlagen auf dem Personenbahnhof Erfurt.

Direktionsbezirk Halle. 370 000 Mk. letzter Teilbetrag für Verbesserung der Rangieranlagen auf Bahnhof Bitterfeld. 155 000 Mk. letzter Teilbetrag für Umbau des Bahnhofs Schlettau bei Halle. 500 000 Mark für Gleiserweiterung am Nordende des Bahnhofs Halle. 600 000 Mk. für Erweiterung des Güterbahnhofs Merseburg. 600 000 Mk. für Erweiterung des Bahnhofs Elsterwerda. 500 000 Mk. für Erweiterung des Bahnhofs Torgau.

Direktionsbezirk Magdeburg. 100 000 Mk. für Umgestaltung der Bahnhofsanlagen in Köthen. 800 000 Mk. für Umgestaltung der Bahnhofsanlagen in Vienenburg. 750 000 Mark für Erbauung eines neuen Geschäftsgebäudes für die Eisenbahndirektion zu Magdeburg. 500 000 Mk. für Erweiterung des Rangierbahnhofs Magdeburg-Buckau.

Etat der Bauverwaltung. Weitere 80 000 Mk. für Erweiterung des Regierungsdienstgebäudes in Merseburg.

Justizverwaltung. 104 100 Mk. zweiter Ergänzungsbetrag für den Neubau eines Geschäftsgebäudes für das Oberlandesgericht in Naumburg a. d. S. 18 500 Mk. zur Beschaffung einer Dienstwohnung für den Amtsrichter in Gräfenhainichen.

Kultusetat. 214 500 Mark für die Universität Halle, darunter 121 800 Mk. für Erneuerung der Heizanlagen in der Frauenklinik.

Merseburg. Die Kleinhandelshöchstpreise für Fleisch sind vom Landrat neu geregelt worden. Danach kostet Rindfleisch 2,10 Mk., Hammelfleisch 2,30 Mk., Kalbfleisch 1,80 Mk., und Schweinefleisch 1,70 Mk. das Pfund. Entsprechend herabgesetzt wurden auch die Wurstpreise.

— Sturmschäden werden aus der Stadt und der Umgebung gemeldet. Vor allem ist durch das Unwetter dem elektrischen Leitungsnetz arg mitgespielt worden. Ein Kurzschluß löste am Mittwoch den andern ab. Die Folge war andauernde Unterbrechung der Stromzuleitung und Versagen des elektrischen Lichtes und des Stromes. Auch der Betrieb der elektrischen Fernbahn nach Halle erlitt empfindliche Störungen; so gebrauchte ein Wagen der Fernbahn gestern nachmittag nicht weniger als nahezu drei Stunden, um von Halle nach Merseburg zu gelangen. An vielen Gebäuden hat der Sturm arg gehaust und so manches Ziegeldach schwer beschädigt.

Mücheln. Wegen Diebstahls verurteilt. Auf dem hiesigen Bahnhof war der Zimmermann Otto K. aus Schortau als Güterbodenarbeiter beschäftigt. Aus einem Sack, der an eine Grubenverwaltung adressiert war, hatte er sich 26 Pfund Speck angeeignet. Die Strafkammer in Naumburg hat ihn deshalb zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Eisleben. Hochwasser führte am Mittwoch infolge des plötzlich eintretenden Tauwetters und starken Regens die Böse Sieben. Das Wasser drang in den unteren Stadtteilen in eine Anzahl der angrenzenden Häuser ein.

— Die Elektrische Kleinbahn hat ihren Betrieb seit Mittwoch früh völlig eingestellt. Ueber Ursachen und Dauer der Betriebsstörung war infolge der Unterbrechung der telephonischen Verbindung nichts zu erfahren.

Hettstedt. Heringsdiebstahl. Gelegentlich einer polizeilichen Durchsuchung, die in der Wohnung des Arbeiters St. in der Schützenstraße vorgenommen wurde, fanden sich zwei Töpfe mit Heringen (unzerteilt) vor. Sie rühren zweifellos aus einem Diebstahl in Burgörner her. Dort wurde in der Nacht vom 20. zum 21. Dezember der Gemeinde eine ganze Tonne Heringe gestohlen.

Sangerhausen. Eine Pfennigkrämerei. In diesen Tagen, so erzählt man der Sangerh. Zeitung, reichte ein hiesiges industrielles Bureau an eine Kirchenkasse eine Rechnung von einem Pfennig Umsatzsteuer ein, wozu außer Schreiberlohn ein Formular für mindestens zwei Pfennig nötig war. Die Rechnung mußte folgenden Weg gehen: 1. zum Bauamt, 2. zum Kustos, 3. zum Geistlichen, der den Pfennig anwies, 4. zum Kustos zurück, 5. zur Kämmerei, wo die Kirchenkasse verwaltet wird, 6. muß das industrielle Bureau den Pfennig abholen lassen. So haben außer der kirchlichen Verwaltung zwei städtische Bureaus viermal damit zu tun. — Und nun wage noch einer zu behaupten, daß wir nicht in einer „großen Zeit“ leben!

Bennungen. Notlandung im Sturm. Am Dienstag nachmittag zwang der heftige Sturm einen Ballon zur Notlandung. Hierbei riß er die elektrische Hochspannung Bennungen—Roßla entzwei. Der Ballon hatte fünf Insassen, einen Offizier und vier Flieger, die durch den Absturz teils schwer, teils leicht verwundet wurden und in das Fürstliche Krankenhaus Marienstift in Roßla eingeliefert werden mußten. Einer der Verunglückten ist kurz nach der Einlieferung infolge seiner schweren Wunden verschieden. Der Ballon kam von Mannheim und war vom Sturm in zwei bis drei Stunden hierher getrieben worden. Die Reste des Ballons wurden nach dem Bahnhof Roßla gebracht, um von dort an die Flugzeug-Ersatz-Abteilung zurückgesandt zu werden.

Eilenburg. Vom elektrischen Strom getötet. Der 16jährige Sohn des Maurers August Herber, der als Lehrling in der elektrischen Abteilung der Deutschen Zelluloidfabrik beschäftigt ist, kam der elektrischen Leitung zu nahe und wurde vom Strom sofort getötet.

Bitterfeld. Kaninchenfelle als Wärmespender. Vom Magistrat sind zugerichtete Kaninchenfelle angekauft worden, die zu Westen, Brust-, Rücken- und Pulswärmern verarbeitet werden. Die Abgabe erfolgt nur an die arbeitende, und zwar in erster Linie hauptsächlich an die im Freien arbeitende Bevölkerung. Die Sachen sollen als Ersatz der wollenen Strick- und Unterziehjacken dienen.

— Ein Einbruchsdiebstahl wurde in einer der letzten Nächte in einer hiesigen Tischlerei ausgeführt. Gestohlen wurde ein Treibriemen. Die Diebe haben im Erdgeschoß ein Fenster eingedrückt und sind dann in dieses eingestiegen.

Holzweißig. Einen Ladenkassen-Diebstahl führte ein junger Russe in dem Mühlenbesitzer Zeidlerschen Geschäft hier aus. Er erbeutete ungefähr 70 bis 80 Mark. Durch ein Geräusch wurde der Diebstahl jedoch rechtzeitig bemerkt und so konnte die Person festgenommen werden.

— Festgenommen wurde auch ein gefährlicher Einbrecher, der aus dem Zentralgefängnis in Kottbus entwichen war.

Elsterwerda. Kriegsgewinne. Der Verwaltungsrat der Phöniciawerke Elsterwerda schlägt 20 Proz. Dividende vor, gegen 8 Prozent im Vorjahre.

Wittenberg. Aufhebung der Reservelazarette. Wie das Wittenberger Tageblatt erfährt, wird demnächst das Reservelazarett im Kaisergarten aufgehoben werden. Damit geht endlich ein schon lange gehegter Wunsch der Einwohner nach Zurückgabe eines Saales innerhalb der Stadt in Erfüllung. Da Wittenberg zum Lazarettplatz für den östlichen Kriegsschauplatz bestimmt wurde, so dürften in absehbarer Zeit auch die übrigen Reservelazarette zur Aufhebung gelangen.

Jena. Die Vergnügungssteuer, die im städtischen Haushaltungsplan mit 15 000 Mk. veranschlagt war, brachte die ansehnliche Summe von 51 000 Mk. Die Haupteinnahmen stammen aus der Kinosteuer.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 18. Januar 1918.

Die Teuerungszulagen der städtischen Beamten

haben bekanntlich erst wieder die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigt, in der der Stadtv. Balke die von 15 Stadtverordneten unterzeichnete eilige Anfrage an den Magistrat richtete,

„ob und wann und in welchem Ausmaß der Magistrat gewillt ist, den städtischen Beamten und Arbeitern nach dem Beispiel des Staates zu den laufenden Teuerungszulagen einmalige außerordentliche Teuerungszulagen zu gewähren.“

Im Namen des Magistrats versuchte Oberbürgermeister Dr. Rive nachzuweisen, daß sich die Zahlung einer einmaligen größeren Teuerungszulage an die städtischen Beamten und Arbeiter aus mancherlei Gründen nicht empfehle. Einer solchen Absicht ständen erhebliche technische Schwierigkeiten im Wege. Und dann sei vor allem zu bedenken, daß die Stadt infolge der Kriegswirtschaft Kriegshilfskräfte in großer Anzahl beschäftige, deren Verhältnis zur Gemeinde natürlich ganz anders betrachtet werden müsse, als das der Staatsbeamten zum Staate. Einer einmaligen größeren Teuerungszulage an die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter würde unter diesen Umständen in ihren Wirkungen der gerechte Ausgleich fehlen. Ueberdies würden wahrscheinlich sehr viele Empfänger einer einmaligen hohen städtischen Teuerungszulage diese Mehrzuwendung nicht einmal in zweckmäßiger Weise verwenden, weil sie sozusagen den geordneten Haushaltungsplan umstürze. Daher hält der Magistrat auch den Weg, den der Staat beschritten hat, nicht für richtig oder wenigstens für sich nicht gangbar. Mit periodischen Teuerungszulagen könne er sich dagegen wohl befreunden und werde dementsprechende Vorarbeiten treffen.

Dieser Auffassung des Magistrats wird jetzt aus den Kreisen der städtischen Beamten entgegengetreten. Das geschieht in einem in der hiesigen bürgerlichen Presse veröffentlichten Eingesandt. Es heißt darin, daß die städtischen Beamten und Angestellten mit den Teuerungszulagen weit schlechter gestellt seien als sogar viele Arbeiter. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß die alltäglichsten Lebensmittel und Bedarfsartikel ganz erheblich in den Preisen gestiegen sind:

Brot um rund 100 Prozent, Kartoffeln um rund 300 Prozent, Fleisch um rund 100 Prozent, Eier um rund 600 Prozent usw., Kleider und Schuhwerk um 300—500 Prozent, Wäsche um 600—800 Prozent, alles andere bis zum Nähgarn und Schnürsenkel herab um mehrere hundert Prozent.

Ein Beamter mit zwei Kindern erhielte dagegen nur 30 bis 35 Prozent jährlich mehr zum Einkommen. — Alsdann wendet sich das Eingesandt gegen die „Bedenken“ Dr. Rives, daß viele Empfänger einer einmaligen hohen Teuerungszulage nicht den richtigen haushälterischen Gebrauch machen könnten wörtlich wie folgt: „. . . Und da sollte ein städtischer Beamter oder Mittelschullehrer mit Kindern darauf kommen, mit einem Betrage von 240 Mark leichtsinnig zu wirtschaften? Er sollte also so wesentlich anders geartet sein als ein Reichs- und Staatsbeamter oder Volksschullehrer? . . . Die einmalige Zulage beabsichtigt er (der Magistrat) anscheinend, den Beamten in Teilzahlungen als Zuschläge zu den laufenden Kriegszulagen zukommen zu lassen. Kein Beamter wird aber diese kleinen Teilbeträge selbst mit der größten Willensstärke zur Begleichung größerer Ausgaben zurücklegen können, reichen die laufenden Einnahmen doch nicht einmal zur Bestreitung des nackten Lebensunterhalts aus. Nur durch eine einmalige größere Teuerungszulage wird erreicht, daß die Beamten sich die nötigsten, im Laufe der Zeit unaufschiebbar gewordenen Anschaffungen zum Vorteile der Geschäftswelt leisten können. Die städtischen Körperschaften sollten daher in Erwägung ziehen, ob unter den geschilderten Verhältnissen nicht doch die Auszahlung einer einmaligen größeren Teuerungszulage zum Segen der Beamten und Angestellten angebracht ist. Es wird sich auch ein Weg finden lassen, daß die Arbeiter, die weniger mit solchen Beträgen zu rechnen gewöhnt sind, und die Kriegsaushilfen zu ihrem Rechte kommen.“

Die hier von den städtischen Beamten für ihre Auffassung angeführten Gründe lassen sich nicht so ohne weiteres von der Hand weisen; der Magistrat wird ihnen bei seinen weiteren Erwägungen über die beste und zweckmäßigste Art der Teuerungszulage immerhin einige Berücksichtigung schenken müssen.

Die Kritik der Kriegs-Ernährungspolitik

ist erklärlicherweise den Stellen, die von ihr betroffen werden, ein Dorn im Auge. Je mehr Grund und Anlaß vorliegt zur öffentlichen Kritik der Nahrungsmittelversorgung und alles dessen, was mit ihr zusammenhängt, desto weniger Verständnis zeigt man für die Freiheit dieser doch so bitter notwendigen Kritik.

Gegen den etwaigen Einwand, daß wir aus bloßer „Nörgelsucht“ zu viel behaupteten, können wir in der Person des Landtagsabgeordneten Delius einen gewiß dieser „Sucht“ unverdächtigen und höchst glaubwürdigen Zeugen anführen. — Herr Delius erstattete in der letzten Generalversammlung des Hallischen Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei einen Bericht über seine Tätigkeit. Dabei kam er auch — was liegt näher! — auf die Nahrungsmittelversorgung zu sprechen. In einem Berichte der Saalezeitung heißt es über diesen Teil seiner Ausführungen u. a.:

„Die Ernährungspolitik des Herrn von Waldow gab dem Redner, was die Regelung der Versorgung mit Kartoffeln und Obst sowie die Abschlachtung der Ferkel und die hohen Ferkelpreise anbelangt, Anlaß zu ernster Kritik. Hinsichtlich der Nahrungsmittelversorgung in Halle bemerkte er, daß leider das Bestreben bestehe, die Kritik zu unterbinden. Er für seine Person lasse sich aber dieses Recht nicht nehmen.“

An genügend Unterlagen für seine Feststellung dürfte es Herrn Delius wohl kaum fehlen. Sonst könnten wir ihm noch reichlich damit „aushelfen“ . . .

*

Wie weit übrigens manche Versuche, die Kritik zu unterbinden, gehen, dafür ist ja neuerdings das Verfahren des — inzwischen abgesägten — Oberbürgermeisters von Dessau, Dr. Ebeling, ein höchst bezeichnendes Beispiel. Diesem würdigen Stadtoberhaupte wurde bekanntlich in einer stürmisch verlaufenen Stadtverordnetenversammlung in Dessau nachgewiesen, daß es sich eines ihm als Kritiker seiner Ernährungs- und Gemeindepolitik „lästigen“ Volksblattredakteurs (Stadtv. Paulick) auf dem kürzesten Wege dadurch zu entledigen versuchte, daß er P. dem Generalkommando als „gesunden und kräftigen“ Reklamierten denunzierte. Was denn auch den gewünschten Erfolg hatte: die Militärbehörde holte sich den „gesunden und kräftigen Mann“ alsbald zum Etappendienst heran . . .

Die Einschränkung des Elektrizitäts-Verbrauchs

wird in einer umfangreichen Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung neu geregelt. Danach wird der Verbrauch elektrischer Arbeit eingeschränkt sowohl bei den Verbrauchern, die sie von einem Stromversorgungsunternehmen beziehen, als auch bei denen, die sie in eigener Anlage (Einzelanlage) erzeugen. — Der Verbrauch wird für alle Verbraucher von elektrischer Arbeit, also auch für kriegsnotwendige Betriebe, eingeschränkt, und zwar im allgemeinen auf 80 Prozent des Verbrauchs im gleichen Monat des Kalenderjahres 1916. Es bleibt vorbehalten, einzelne Verbraucher in stärkerem Maße als auf 80 Prozent des Verbrauchs von 1916 einzuschränken. Kriegsnotwendige Betriebe, deren Verbrauch infolge von Erweiterungen gegenüber dem des gleichen Monats des Jahres 1916 wesentlich gestiegen ist, werden auf 80 Prozent des Durchschnittsverbrauchs der Monate August, September und Oktober 1917 eingeschränkt.

Verbraucher, die vor Inkrafttreten dieser Bekanntmachung bereits Einschränkungen des Verbrauchs elektrischer Arbeit vorgenommen hatten, können Berücksichtigung bei Durchführung der Bestimmungen dieser Bekanntmachung beantragen. Kleinverbraucher werden von der Einschränkung des Verbrauches elektrischer Arbeit nicht betroffen, sofern der Jahresverbrauch 250 Kilowattstunden nicht übersteigt. Verbraucher, die von einem Stromversorgungsunternehmen elektrische Arbeit gegen Bezahlung erhalten, haben für jede trotz besonderer Warnung über die zugelassene Menge hinaus verbrauchte Kilowattstunde einen Aufpreis von 50 Pfennig zu zahlen.

Dies sind im wesentlichsten die Bestimmungen der Verordnung, die auch für unsere Leser und für Kleinverbraucher von elektrischer Arbeit von Interesse sind.

Hallenser in den Verlustlisten.

Als in Halle und seinen Vororten geboren werden in den Verlustlisten gemeldet:

Preußische Verlustliste Nr. 1028. Otto Haase l. verw. Hugo Hesse l. verw., bei der Truppe. Walter Klinz l. verw. Max Keuschwitz l. verw. Emil Schmidt schw. verw. Alfred Thurer gestorben an seinen Wunden.

Preußische Verlustliste Nr. 1030. Hauptm. d. R. Albert Ernst verm. Leutn. d. R. Ernst Neubauer bish. verw. und verm., in Gefangensch. Otto Vogel bish. verm., in Gefangensch.

Preußische Verlustliste Nr. 1031. Karl Berthold schw. verw. Vizefeldw. Franz Butzmann l. verw. Walter Clare l. verw. Walter Dietmann schw. verw. Reinhold Driebe l. verw. Karl Geißler aus Trotha, l. verw. Otto Haack aus Kröllwitz, schw. verw. Otto Hartmann, leicht verw. Artur Hertel, leicht verw. Karl Hüther, leicht verw. Wilhelm Rost aus Giebichenstein, mann Mörtz, leicht verw. Wilhelm Rost aus Giebichenstein, gef. Herm. Rümpler, bish. als gefangen gem., war in Gefsch. Monfort (Walzenhausen). Paul Schubert, gef. Ernst Siebeck, leicht verw. Walter Steingraf, leicht verw., b. d. Tr. Stephan Wachowitz, bisher als verw. und gefangen gem., war in Gfsch. St. Bricio (Teufen Sender). Alfred Wildgrube, leicht verw.

Preußische Verlustliste Nr. 1032. Wilhelm Bruder, verm. Gefr. Alfred Genscher, leicht verw. Fritz Loosen, gef. Gefr. Richard Morcinietz, gest. an s. Wunden.

Preußische Verlustliste Nr. 1063. Paul Reichelt, schwer verw. Albert Schmidt, schwer verw.

Preußische Verlustliste Nr. 1034. Hermann Berbig, verm. Utffz. Albin Brehm, leicht verw. August Dietz, leicht verw. Georg Dietrich, bish. verw., gest. an s. Wunden. Utoff. Ernst Firchow, gef. Albert Freund, verm. Utffz. Ernst Geßner, schwer verw. Willi Knoche, verm. Utffz. Walter Krause, verm. Utffz. Kurt Kuhnert, leicht verw. Leutn. d. Res. Heinz Kutat, leicht verw., b. d. Tr. Oberjäger Otto Müller, leicht verw. Gefr. Paul Schlegel, verm. Richard Schwenke, verm. Gefr. Fritz Weber, leicht verw., b. d. Tr.

* **Zur Verminderung der Seifenpulver-Menge auf 125 Gramm,** die damit begründet wird, daß die für Seifenpulver nötigen Sodamengen fast ausschließlich von der Heeresverwaltung in Anspruch genommen werden, schreibt die V. Z.: „Durch diese neue einschränkende Bestimmung wird der Bevölkerung nahezu jede Möglichkeit, Wäsche zu waschen, genommen. Das ist um so bedenklicher, als einerseits die Preise, die heute von den Waschanstalten verlangt werden, so schwindelhaft hoch sind, daß zahlreiche Haushaltungen, die bisher gewohnt waren, ihre Wäsche außer dem Hause reinigen zu lassen, nicht mehr in der Lage sind, diese Preise zu zahlen, und andererseits die meisten Wäschereien aus Mangel an Betriebsstoffen überhaupt keine Kunden mehr annehmen.“

* **Postanweisungen über Witwenbezüge** werden nach der Wiederverheiratung der Empfängerin nicht ausgezahlt, sondern als unbestellbar behandelt. Nach einer neuen Anordnung des Reichs-Postamts erhalten sie den Vermerk: Bezüge aus der Reichskasse oder aus der Staatskasse oder aus öffentlicher Kasse. Sie gehen mit einem entsprechenden Vermerk an den Absender zurück. Die Ausgabebeamten und die Besteller haben das Erforderliche durch Befragen der Empfängerin oder ihrer Angehörigen usw. festzustellen.

(Weiteres Lokales in der Beilage.)

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Allerlei Paul Hennig; Feuilleton, Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Karl Bock; Anzeigen Wilhelm Hering; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180118-15/fragment/page=0003

Walhalla-Theater. ½8 Uhr.
Letzte 3 Tage:
Das Fräulein vom Amt
Operette von **Jean Gilbert.** 3588
Sonntag 2 letzte Aufführungen:
¼4: ½8: **„Das Fräulein vom Amt".**
Montag Erstaufführung:
Der Favorit.
Operette in 3 Akten von Stolz.
Zugstück der Komischen Oper, Berlin.
Vorverkauf eröffnet.
Kasse von 10—1½ und 4—6 Uhr.

Volkspark Burgstr. 27.
Morgen, Sonnabend, 19. Januar 1918,
abends 8 Uhr:
Gr. bunter Unterhaltungs-Abend.
Mitwirkende:
Fräulein **Anni Kühns**, Opernsängerin,
Frau **Montag-Eggert**, Pianistin und
Herr **Alfred Engelbrecht**, Operettensänger.
Kinder haben keinen Zutritt.
3577 **Die Geschäftsleitung.**

3402
Achtung!

Neu! Neu!
Altenburger Hof.
Am Alten Markt. Eingang Kutschgasse.
Täglich: **Gr. Konzert der Hauskapelle.**
Um regen Zuspruch bittet Frau **F. Kampe.**

Konzerthaus „Oberpollinger".
Ecke Gr. Ulrichstrasse und Jägergasse.
Täglich: 3410
Künstler-Konzert.
Ergebenst ladet ein Frau **Elsa Beth.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 19. Januar 1918 werden die Inhaber folgender Nummern **zugelassen**: Um 8 Uhr Nr. 8101—8200; um 9 Uhr Nr. 8201—8300; um 10 Uhr Nr. 8301—8400; um 11 Uhr Nr. 8401—8500; **um** 12 Uhr **Nr. 8501**—8600; um 1½ Uhr Nr. 8601—8700; um 2½ Uhr Nr. 8701—8800.

Halle a. d. S., 17. Januar 1918. **Der Magistrat.**

Auf Grund der **Bundesratsverordnung** vom 25. 9./4. 11 1915 werden die **noch** im Kleinhandel **befindlichen Gemüsekonserven zum Verkauf** freigegeben. Der Verkauf findet von Dienstag, den 22. d. M.. ab zu den festgesetzten Höchstpreisen statt. Diejenigen **Kleinhändler**, die Gemüsekonserven im Besitz haben, haben dies an sichtbarer Stelle in ihren Verkaufsräumen kenntlich zu **machen**. Der **Verkauf selbst** wird wie folgt geregelt: Abgegeben werden die Gemüsekonserven gegen Entgegennahme des Abschnittes 130 des Warenbezugscheines Nr. 12 unter Eintragung des Verkaufstages und der Zahl der verkauften Pfunde in den Lebensmittelschein. Jeder Abschnitt berechtigt zum Bezuge von 1 Pfund Konserven. An einen Haushalt dürfen höchstens soviel Pfunde abgegeben werden, als Personen auf dem Lebensmittelschein vermerkt sind. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu hundert Stück gebündelt unter Angabe ihres Restbestandes bis spätestens Freitag, den 25. Januar, im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, I links, abzugeben. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September/ 4. November 1915.

Halle, den 17. Januar 1918. **Der Magistrat.**

Richtpreise für saure Gurken.

Vor dem Kriegsernährungsamt sind in **Verbindung** mit der Reichsstelle für **Gemüse** und **Obst Richtpreise** für saure Gurken festgestellt worden. Danach betragen die angemessenen **Kleinhandels**-Verkaufspreise für das Stück:

	Sorte I II 5—10 Schock auf 1 Heringstonne	III 14 Schock auf 1 Heringstonne
Liegnitzer Gurken	20 Pfg.	11 Pfg.
Süddeutsche Gurken	20 „	11 „
Kalbenser Gurken	23 „	15 „
Lübbenauer Gurken	25 „	16 „
Alle sonstigen Sorten	23 „	15 „

Die Richtpreise für die Gurkeneinleger und für die Großhändler werden in der ersten Januarnummer **der** „Mitteilungen für Preisprüfungsstellen" ausführlich bekanntgegeben.

Wir bringen dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Halle, den 18. Januar 1918. **Der Magistrat.**

Abgabe von Seifenkarten-Abschnitten.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 17. d. M., werden diejenigen Geschäfte, welche **Seife und Seifenpulver** käuflich abgeben hiermit aufgefordert, die in ihrem Besitz befindlichen Seifenkarten-Abschnitte über **Seifenpulver** für **die Monate Januar, Februar und März binnen** 24 **Stunden** dem Stadternährungsamt, Markt 22, Zimmer 40, einzureichen.

Abschnitte, welche jetzt **nicht** zur **Abgabe gelangen**, werden **künftighin nur mit 125 Gramm zur Anrechnung gebracht.**

Halle, den 18. Januar 1918. **Der Magistrat.**

Gültigkeit der grünen Kohlenkarten.

In der Woche vom 21. bis 26. d. M. darf auf die Kohlenmarken Nr. 35 und 36 zusammen **ein** Zentner Briketts abgegeben werden. Bei geringem **Kohlenvorrat** ist die Abgabe von zunächst nur ½ Zentner auf **eine der beiden** Nummern zulässig. Die Nummern 33 **und 34 verlieren** mit dem 20. d. M. ihre Gültigkeit. Diese **Bekanntmachung** gilt als Ergänzung **unserer Verordnungen vom 28. April und** 26 November 1917. Zuwiderhandlungen unterliegen **den dort** angeführten Strafen. (Gefängnis bis zu sechs **Monaten oder Geldstrafe** bis zu 1500 Mark)

Halle, den 10. Januar 1918. **Die Ortskohlenstelle.**

Stopf-Garne
in mittel-, dunkelgrau, schwarz,
3587 Rolle **60 ₰ 45 ₰**
Brummer & Benjamin,
Große Ulrichstraße 22-23.

H. Quandt, Roßschlächterei,
Sonnabend, vorm.: Nr. 1601 bis 1800. 3590

K. Weinrich,
Roßschlächterei,
Böllbergerweg 30, Teleph. 1876,
8437 zahlt für
Schlachtpferde
die **höchsten Preise.**

Möbel, Betten, Pfandscheine
3424 kauft zu höchsten Preisen
Frau Hornickel, Kleine Klausstraße 6.

Schulranzen,
Rucksäcke,
noch in guten Stoffen,
Markttaschen, 3488
noch in gutem Wachstuch mit Ledergriffen.
Max Löschke, Alter Markt 3.

Apollo-Theater.
Gastspiel Max Walden-Gesellschaft. 3562
Täglich, abends ¼8 Uhr:
„Die Kinokönigin"
Operette in 3 Akten v. Okonkowsky u. Freund. Musik v. Jean Gilbert.
1. Akt: Das Stelldichein im Fahrstuhl.
2. Akt: Die Flimmerkiste.
3. Akt: Wenn der Mondschein lacht.
Vorkommende Gesangsschlager:
Ne Million, ne Million — so'ne Nummer lohnt sich schon. — — Es ist die Frau zur Siegerin geschaffen. — — Wer Geld hat, ist ein feiner Mann. — — Zärtlich, süss und leise, tönt die Walzerweise. — — Liebliche, kleine Dingerchen. — — In der Nacht, in der Nacht.
Vorverkauf 9-1 u. 5 ½7 Uhr, eine Woche im voraus!
Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 3½ Uhr:
Grosse Familien- und Jugend-Vorstellung.
Der dumme August.
Operette in 3 Akten von Dokter Bruno Decker u. Rob. Pohl. Musik von Rud. Gfaller.
Kleine Preise. 2 Kinder 1 Billett.
— Erwachsene 1 Kind frei. —

U.T
Alte Promenade IIa. **Fernruf 5738.**
Lotte Neumann
in: **Der schwarze Pierrot.**
Filmschauspiel in 4 Akten.
Hundesperre und Liebe.
Lustspiel in 2 Akten mit Melitta Petri, Leo Peukert, Herbert Paulmüller.

Leipzigerstrasse 88. **Fernruf 1224.** 3588
Bruno Decarli
in: **Vertauschte Seelen.**
Phantastisches Schauspiel in 4 Akten.
Paul Heidemann
in: **Paul und Teddy.**
Lustspiel in 3 Akten.
Beginn in beiden Theatern 4 Uhr.

Vereins-Anzeiger
zur Veröffentlichung periodisch wiederkehrender
Veranstaltungen
der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.
Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.
Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor.
Freitag, den 18. Januar pünktlich abds. 9 Uhr, im Volkspark: **Singestunde.**

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Dienstag um 8¼ Uhr im Volkspark: **Singestunde.**

Turnverein „Fichte"
Turnstunden: **Turnhalle Oberrealschule, Eing. Staudtestraße. Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr.**
Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr.
Mandolinen-Abteilung: Jeden Sonnabend abend beim Turnen. Kraft: Uebungsstunden.
Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch den 23. Januar, nach der Turnstunde, im Volkspark: Versammlung.
Sonnabend den 26. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Generalversammlung.

Touristen-Ver. „Naturfreunde."
Sonntag den 20. Jan.: Halb-Tagestour nach der Heide. Abmarsch: 2 Uhr von der Peißnitzbrücke. Führer: Waldemar.

Moden-Zeitungen
in großer Auswahl.
Volksbuchhandlung
Halle (Saale), Harz 42/44.

Stadt-Theater Halle
Direktion: **Leopold Sachse.**
Sonnabend, d. 19. Januar 1918,
nachmittags 3½ Uhr:
Kinder-Vorstellung zu ermäßigten Preisen.
Aschenbrödel
oder: **Der gläserne Pantoffel.**
Weihnachtsmärchen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von C. A. Görner.
Abends 8 Uhr:
Sinfonie-Konzert.
Solist: **Konrad Ansorge.**
Sonntag, den 20. Januar 1918,
nachmittags:
Zar und Zimmermann.
Abends: 3576
Othello.

Küchen-Einrichtungen,
in großer Auswahl, vom einfachsten bis zum feinsten, zu verkaufen.
D. Schumann,
Landwehrstr. 21. 3581

10 Ztr. Futterschalen verk.
3573 **Ritterstrasse 17, I.**

Wilde Kaninchen kauft
3514 **Schmidt,** Ritterstr. 17, I.

Piano kauft **A. May, Torstraße 49.** 3509

Wein- u. Estragon-Essig
(in Flaschen gefüllt)
wieder eingetroffen.
Alkoholfreie 3586
Getränke.
Limetta-Punsch, Fl. 1.98 ℳ
Grog-Extrakt, Flasche 1.98 ℳ
Kaiser-Punsch, Flasche 2.50 ℳ
Pfeffermünz-Likör, Fl. 2.80 ℳ
Magenbitter-Likör, Fl. 2.80 ℳ
Kirsch-Likör, Flasche 4.05 ℳ
Sherry-Brandy, Fl. 4.05 ℳ
Deutscher Rotwein, Fl. 7.00 ℳ
Wermuth-Wein, Fl. 7.00 ℳ
Weiß-Wein, Fl. 4.50, 6.20 ℳ
Ungar-Wein, Flasche 6.40 ℳ
Süß-Wein, Flasche 8.30 ℳ
H. Elkan,
Leipzigerstrasse 87.

Krieg
und
Geschlechts-Krankheiten.
Ein Wort an die Frauen.
Von Schwester **Lydia Ruehland.**
Preis: **25** Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Der Lehrmeister i. Garten u. Kleintierhof
für Garten- und Kleintier-Besitzer unentbehrlich, erscheint wöchentlich, bringt Abhandlungen über Gemüsebau, **Obstbau und Kleintierzucht.**
Pro Quartal 2.12 Mk.
Zum Abonnement ladet ergebenst ein
Volks-Buchhandlung,
Halle, Harz 42/44.

Kopfwäsche
mit Frisur **1 Mark.**
3585 von
Hauben-Netze
Stück 1.40 **Mark.**
Zöpfe
größte Auswahl, billige Preise.
Ankauf von ausgekämmtem Damenhaar.
Zopf-Siebert,
nur **Leipzigerstr. 33 und 79 I.**

Nachruf.

Am 10. Januar starb an den Folgen einer Krankheit, die ihn während längerer Untersuchungshaft ereilte, unser inniger guter Freund

Hermann Kussek, Radewell,

im jugendlichen Alter von 17 Jahren.

Um einen Freund — wie er es war — trauern seine Freunde und Freundinnen schmerzlich. Ein dauerndes und ehrendes Andenken sichern ihm alle über sein so frühes Grab hinaus

Seine Freunde und Freundinnen.

*1896

Ammendorf und Umgegend, den 15. Januar 1918.

Geschw. Schlegel. Geschw. Gittel, Halle. Geschw. Pfeiffer. M. Lehmann. Geschw. Ohme. Geschw. Moser. A. Pilger. Gebr. Seger, Ammendorf. Gebr. Probst. Gebr. Rothe. Geschw. Schlegel. Geschw. Moewes. Geschw. Ritter. A. Thamhayn. P. Mennigke. S. Feige. O. Schlegel. I. Friedrich. P. Gebhardt, Osendorf. R. Krause. L. Mücke. E. Kroppenstedt. P. Schmidt. I. Stolle. E. Müller, Radewell.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180118-15/fragment/page=0004

Kapital und öffentliche Meinung.

Die deutsche Presse beruht im allgemeinen auf einer unmoralischen Grundlage. Die Abonnenten der Tageszeitungen und der meisten Zeitschriften bezahlen nicht die Arbeit und Kosten, die sie in der Zeitung oder Zeitschrift erhalten. In vielen Fällen decken die Bezieherpreise kaum die Auslagen für das gelieferte Papier. Die großen Kosten des Satzes, der Druckerschwärze und Rohstoffe wie z. B. für Schrift, Oel, Reinigung usw., ferner die Kosten der Redaktion, der Expedition, des Austragens der Zeitung, der Verzinsung des Anlagekapitals, alles das schenkt der Verleger den Abonnenten. Selbstverständlich kann er die Summen nicht aus dem eigenen Beutel hergeben; er will sogar noch verdienen, tüchtig verdienen. Es muß also ein Dritter vorhanden sein, der die „Geschenke" macht. Das ist die Masse der Inserenten: die Anzeigengebühren müssen die Kosten der Zeitung aufbringen, die in den Beziehergebühren nicht gedeckt werden, und sie müssen darüber hinaus auch noch einen Ueberschuß für den Verleger absetzen.

Das geschilderte Verhältnis bedingt eine gewisse Abhängigkeit des redaktionellen Teils der Zeitungen von dem Anzeigenteil. Bei manchen Blättern kann man aus dem Inseratenteil schlechthin auf den Inhalt und die Tendenz der redaktionellen Spalten schließen. Vielfach allerdings bleibt diese Abhängigkeit verhüllt, aber es ist doch ganz klar, daß die Redaktionen in den meisten Fällen auf die geschäftlichen und politischen Interessen der Großinserenten Rücksicht nehmen müssen.

Im allgemeinen kommt das äußerlich in die Erscheinung in dem Unterschied des Inseratenteils der sozialistischen und der bürgerlichen Zeitungen. Die politischen Bestrebungen der Sozialdemokratie widerstreben den Interessen der Kapitalisten, daher geben diese den sozialistischen Blättern gewöhnlich keine Anzeigen.

Ein großer Teil der Bevölkerung hat jedoch an den Anzeigen ein Interesse; der Anzeigen wegen beziehen sie ein Blatt, dessen redaktioneller Teil ihnen vielleicht nicht sonderlich behagt. Das hat weitere Rückwirkung. Die größere Bezieherzahl der bürgerlichen Blätter ist für die Kaufleute wieder ein Anreiz, bei der Vergebung von Anzeigen die bürgerliche Presse zu berücksichtigen.

So ist es vielfach der Unverstand breiter Arbeiterschichten, die das kapitalistische Presseunternehmen und damit auch wieder die ihnen feindliche kapitalistische Politik unterstützt, sie zu ihrem eigenen Nachteil fördert.

Das dauernde Lesen der auf Verdrehung sozialistischer Bestrebungen eingestellten Blätter bleibt nicht ohne Wirkung; besonders die politisch noch Ungeschulten werden dadurch in die Mitläuferschaft der bürgerlichen Parteien hineingezogen. Von der Sozialdemokratie erhalten sie nur Zerrbilder.

Mancher weiß das allerdings. Trotzdem bleibt er Leser des bürgerlichen Blattes, entweder weil er aus Angst oder Feigheit kein sozialistisches Blatt ins Haus nehmen will, oder weil er oder seine Frau den von den bürgerlichen Blättern verzapften Klatsch liebt, oder weil er glaubt, auf die Kenntnis der von jenen Blättern veröffentlichten Anzeigen nicht verzichten zu können, oder schließlich, weil das bürgerliche Blatt vermeintlich billiger ist. Die so handeln, das sind die größten Toren, die verächtlichsten Menschen, die bösesten Feinde der Arbeiterbewegung und damit ihrer eigenen Interessen. Sie sind es vornehmlich, die das Kapital unterstützen.

Der Inserent muß natürlich die Anzeigenkosten durch entsprechende Erhöhung der Verkaufspreise seiner Waren wieder hereinholen. Als Warenkäufe bezahlen die Verbraucher den Gewinn des Inserenten wie auch den der Zeitungsverleger. Und als Bezieher der bürgerlichen Blätter fördern sie die von diesen vertretenen politischen Interessen des Kapitals, das seine so gewonnene Machtstärkung dazu benutzt, sich auf Kosten der werktätigen Arbeit zu bereichern.

Als Bezieher bürgerlicher Blätter sind die Arbeiter in gewisser Hinsicht die Kälber, die ihre eigenen Metzger wählen.

Ist durch das geschilderte Verhältnis zwischen Abonnementsgeld und Anzeigenteil die Abhängigkeit der redaktionellen Haltung der Blätter bedingt, so in noch viel stärkerem Maße natürlich, wenn Zeitungsverleger und Inserent oder kapitalistisch-politische Gruppen eine Einheit bilden. Das wird in immer stärkerem Umfange der Fall. Es besteht bereits eine großkapitalistische Interessengemeinschaft, die ausgesprochen den Zweck verfolgt, Anzeigen nur an solche Blätter zu vergeben, die sich unbedingt auf den Boden der von ihr verlangten Politik stellen. Außerdem bringt das Großkapital Zeitungen direkt in seinen Besitz, läßt sie unter der Firma einer anonymen Gesellschaft weiter erscheinen, damit die Bezieher den Zusammenhang nicht merken.

Ein solcher Zeitungskauf wird nun wieder gemeldet. Wie das Düsseldorfer Tageblatt mitteilt, hat Herr Krupp von Bohlen-Halbach den Düsseldorfer Generalanzeiger gekauft und läßt das Blatt vom 1. Januar ab unter dem Namen Düsseldorfer Nachrichten weiter erscheinen. Dies ist der Abschluß einer Entwicklung, die begann mit dem Eintritt des ehemaligen Redakteurs der Rheinisch-Westfälischen Zeitung in die Schriftleitung des D. G.-A. Immer unverhüllter vertrat der General-Anzeiger rein kapitalistische und alldeutsche Interessen, immer größer wurde der Widerspruch zwischen seiner politischen Tendenz und den Bedürfnissen der Arbeiter. Mit dem Besitzwechsel dürften die letzten Schranken in dieser Beziehung gefallen sein.

Der Vorgang ist nicht als ein Kauf zu werten, wie wenn umgekehrt der Vorbesitzer des Generalanzeigers, Herr Girardet, sich bei Krupp eine Kanone gekauft hätte. Die würde im Besitz des Herrn Girardet niemanden etwas schaden. Dagegen ist doch kaum anzunehmen, daß die Firma Krupp (Herr Krupp v. B.-H. kann ohne Bedenken mit der Firma Krupp identifiziert werden) eine wahrscheinlich sehr teure Zeitung kauft, damit unabhängige Politiker ein Publikationsorgan haben. Die Zeitung hat bestimmte Interessen zu vertreten, während das Publikum meint, das, was die Zeitung schreibt, sei freie Ueberzeugung ihrer Redakteure. Die Vertrustung der deutschen Presse mit der Schwerindustrie als Generaldirektorium macht also Fortschritte.

Andere bürgerliche Blätter werden durch die „Ala" (das ist die bereits erwähnte Interessenvertretung) die Inseratenvergebung, an der Strippe gehalten. Es ist ganz merkwürdig, wenn man sieht, daß bürgerliche Blätter mehrere Seiten Inserate mit Arbeitergesuchen haben, die doch vernünftiger- und normalerweise in einer Arbeiterzeitung stehen sollten. Wir finden da schon Spuren der Macht der „Ala", wir finden weiter die Verwirklichung von Beschlüssen der Unternehmervereinigung, die mit Inseratenzuweisung belohnen und mit Entziehung strafen. Es gibt kaum ein Mittel, die politische Atmosphäre von dieser Interessenpolitik wieder zu reinigen, da nicht damit gerechnet werden kann, daß die große Masse des Publikums dem Ernst der Frage genügendes Verständnis entgegenbringt und die aus der Erkenntnis der Lage sich ergebenden Folgerungen zöge.

Ums tägliche Brot.

Behördliche Höchstpreisvergehen.

In den Zeitungen der Stadt Sagan finden sich folgende Bekanntmachungen des Magistrats über den Verkauf amtlicher Zwiebeln und Bienenhonig:

Verkauf von Zwiebeln.

Die der Stadt überwiesenen 200 Pfund Zwiebeln kommen gegen Vorzeigung der Haushaltskarte im Geschäft von Wilhelm Weigel, Rizzaplatz, zum Verkauf. Der Preis ist 60 Pf für ein Pfund. Der geringen Menge wegen darf für jeden Haushalt nur ein Pfund verabfolgt werden.

Verkauf von Bienenhonig.

Die der Stadt überwiesenen 300 Pfund Bienenhonig kommen in den Drogerien R. Trepera und E. Manitius zum Preise von 8,50 Mk. je Pfund zum Verkauf. Die Käufer haben die Haushaltskarte vorzulegen und erhalten für jedes Familienmitglied höchstens ¼ Pfund.

Der Magistrat.

Bekanntlich beträgt der Höchstpreis für ein Pfund Zwiebeln 30 Pf. und für ein Pfund Honig 3 Mk. Die Preise sind also von dem Magistrat von Sagan um 100 oder gar um fast 200 Prozent überschritten worden. Wird Herr v. Waldow auch gegen diese Stadtverwaltung den Staatsanwalt mobil machen? Schließlich wird der ganze Deutsche Städtetag auf der Anklagebank Platz nehmen müssen.

Auch nach Dresden möge Herr v. Waldow seine Aufmerksamkeit richten. Dort hat das städtische Lebensmittelamt Ferkelfleisch zum Vertrieb im Kleinhandel zum Preise von 5 Mark für das Pfund angeboten. Der Höchstpreis für ein Pfund Schlachtgewicht war aber auf nur 1,60 Mark festgesetzt worden. Offenbar als Entschuldigungsgrund wird der Dresdener Volkszeitung hierzu mitgeteilt, daß die Spanferkel schon vor Wochen, zum Teil auch außerhalb Sachsens angekauft worden seien, und zwar zu einem wesentlich höheren als dem gegenwärtigen Höchstpreise. Das kann keine Entschuldigung sein. Die Behörden beugen sich also schon beim Einkauf der Diktatur des Preiswuchers. Das ganze System muß gereinigt und neu aufgebaut werden. Aber auf richtige Grundlage.

Die ungeheuren Kartoffelpreise auch 1918!

Amtlich wird das kartoffelessende Volk auf folgendes vorbereitet:

„Im parlamentarischen Beirat des Kriegsernährungsamts ist kürzlich im Anschluß an die bekannten Vorschläge des Grafen von Schwerin-Löwitz und an die Verhandlungen im Haushaltsausschuß des Preußischen Abgeordnetenhauses die Frage der Förderung des Kartoffelanbaues im Jahre 1918 behandelt worden. Es bestand darüber Einverständnis, daß der Kartoffelanbau im kommenden Wirtschaftsjahr nach Möglichkeit gefördert werden müsse und daß es zu diesem Zwecke dringend erwünscht sei, den Landwirten schon jetzt darüber Gewißheit zu verschaffen, daß sie mit einem den Mühen und Kosten des Anbaues entsprechenden Preise rechnen können. Nach längeren Erörterungen sprach sich der Beirat in seiner überwiegenden Mehrheit unter Zustimmung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes dahin aus, daß im Interesse der Förderung des Kartoffelanbaues eine Herabsetzung des Preises für Kartoffeln gegenüber dem Preise für 1917 nicht angängig sei. Der Kartoffelpreis wird sich daher auch im Jahre 1918 ebenso wie im Jahre 1917 auf einem Grundpreise von 8 Mark für den Zentner Frühkartoffeln und 5 Mark für den Zentner Spätkartoffeln aufzubauen haben. Wie bisher werden, je nach der Anbaugegend und bei Frühkartoffeln auch nach der Lieferungszeit, Zuschläge festzusetzen sein, deren nähere Ausgestaltung ebenso wie die Frage, ob und in welcher Höhe Schnelligkeits- und Anfuhrprämien zu gewähren sind, späterer Entschließung vorbehalten bleiben muß."

Diese schwere Nachricht bestätigt, daß an dem System festgehalten wird, durch ungeheuerlich hohe Preise den Anbau zu fördern. Da das bei allen Produkten der Fall ist, wird schließlich nichts im Anbau gesteigert. — Nur hohe Preise hat der Verbraucher zu zahlen.

Bereitet euch wieder auf Kohlrüben vor! Berliner Blätter melden, daß auf der Berliner Produktenbörse der Ankauf von Kohlrüben durch die Behörden wieder in großem Umfange im Gange ist. Die Kriegsstelle für Gemüse und Obst veranlaßt die Provinzialstellen, eine Ermittlung der erreichbaren Mengen von Kohlrüben vorzunehmen; d[illegible] dabei ei[illegible] [illegible]its genannten anzufordernden Quantitäten weisen darauf, [illegible] die Hoffnung, die Kohlrübe werde diesmal der Viehfütterung vorbehalten und der Mensch damit verschont bleiben, eitel war. Zunächst werben die Rüben durch freiwilligen Ankauf zum Preise von 3 Mk. für Kohlrüben und 2,50 Mk. für Runkelrüben erworben; bei einer Enteignung wird der gesetzliche Höchstpreis von 1,75 und 1,50 Mk. bezahlt.

Große Warenschiebungen aufgedeckt. Beuthen, 16. Januar. Das Kriegswucheramt beschlagnahmte verschobene Waren im Werte von ¼ Million Mark. Eine Anzahl hiesiger Geschäftsleute wurde in Haft genommen.

64]

Der Sonnenwirt.

Roman von Hermann Kurz.

An diesem Tage begehrte Friedrich von seinem Vater eine Unterredung, die er die ganze Woche schüchtern aufgehoben hatte. Er stellte ihm vor, daß es jetzt höchste Zeit sei, an die Einrichtung eines kleinen Hauswesens zu denken, und daß er zu diesem Zwecke sein mütterliches Vermögen herausbaben müsse.

„Nun, nun," sagte der Alte, „es hat ja noch Zeit. Ich seh' überhaupt nicht ein, wozu du so viel Geld brauchst. Du hast ja selbst gesagt, du wollest froh sein, wenn du mir als Knecht dienen dürfest."

„Ich bin's zufrieden," entgegnete der Sohn, „aber ich muß doch wenigstens eine Stube haben, wo ich mit meinem Weib drin wohnen kann."

„Als Knecht kannst du bei mir wohnen, wie bisher."

„Ja, wollt Ihr denn mein Weib auch zu Euch ins Haus nehmen?" fragte der Sohn mit freudigen Augenschimmern.

„Das kommt noch aufs Wohlverhalten an," antwortete der Vater mit einem spöttischen Blick. „Am End' wär's freilich das best', ich nähm' euch beide unter Aufsicht; ihr könntet's vielleicht brauchen."

Der Alte ging seinen häuslichen Verrichtungen nach, ohne sich zu einer bestimmten Erklärung bringen zu lassen. Ein paar weitere Versuche seines Sohnes liefen ebenso ab, und er erhielt nichts als ausweichende, rätselnde, stichelnde Antworten, wobei der Alte jedesmal ein Geschäft oder einen Besuch zu benützen wußte, um das Gespräch abzubrechen. Friedrich verging beinahe vor Unmut und Ungeduld, aber er hatte Christinen versprechen müssen, diese letzten Tage der Prüfung vollends in Ruhe auszuharren. — „Sieh, ich hab' Eselsgeduld," sagte er oft zu ihr.

Unterdessen war die Sonnenwirtin nicht müßig gewesen, im Wege der Gunst wie des Hasses auf ihre Gönnerin, die Amtmännin, und durch diese auf den Amtmann einzuwirken. „Es wäre ja doch schrecklich," sagte sie, „wenn so ein eigensinniger, gewalttätiger Trotzkopf vernünftige Leute abzwingen könnte." Der Amtmann, der sich gleichfalls von ihm überrumpelt sah, hatte, nachdem die erste kirchliche Handlung durchgesetzt war, doppelte Lust gewonnen, die Heirat doch noch am Ziele zu hintertreiben. Er schalt auf die Regierung, welche viel zu liberal sei und das junge Volk, wenn es nur brav Dispensgelder bezahle, ins Blaue hineinheiraten und den Gemeinden zur Last fallen lasse; übrigens, meinte er, der Sonnenwirt brauche nur den Taugenichts aus dem Hause zu jagen und jede Verbindung mit ihm abzubrechen, dann habe er allen Boden unter den Füßen verloren, und wenn ihn die Regierung zehnmal für volljährig erkläre, so nehme ihn eben die Gemeinde nicht an. „Dafür laß Sie nur mich sorgen, Frau Sonnenwirtin."

„Wenn nur mein Mann nicht so schwach wär'!" erwiderte die Sonnenwirtin hierauf. „Er will sich's nicht nachsagen lassen, daß er seinen Sohn, der ihm als Knecht zu dienen erbötig ist, von sich gestoßen hab', und doch kränkt's ihn auch wieder, daß er ihm sein Mütterlich's hinauszahlen soll, denn die Zeiten sind eben gar schwer. Die Eve Marget und die Magdalene haben ihren Anteil auch stehen lassen müssen, mit Vorbehalt, daß sie nachher am Vater mehr erben sollen. Nun besorgt er, wenn der Bruder sein Sach' ganz 'rauskriegt und auf einmal, so könnten die Schwestern auch rebellisch werden. Er glaubt, er hab' eigentlich die Nutznießung davon sein Leben lang, aber er weiß nicht gewiß, ob man sie ihm nicht vielleicht strittig könnt' machen."

„Jedenfalls," bemerkte der Amtmann, „ließe sich dieser Streit in die Länge ziehen, ich sehe jedoch nicht ein, zu was das in der Hauptsache führen sollte, denn wenn der Sonnenwirt seinem ungeratenen Sohne die Existenz garantiert, so kann ihn niemand am Heiraten hindern. Uebrigens will ich mir die ganze Sachlage noch einmal in Revision nehmen und sehen, ob noch etwas zu machen ist."

Unter solchen Beratungen war die zweite Proklamation vorübergegangen, und der Vorteil des unabänderlichen Laufes der Dinge schien ganz auf Friedrichs Seite zu sein, als der Amtmann die Sonnenwirtin rufen ließ. „Gratuliere, Frau Sonnenwirtin," sagte er, „zur leibeigenen Schnur!"

„Was? leibeigen?" rief die Sonnenwirtin. „Und davon hat das schlecht' Gesindel gar nichts gesagt? Das hebt ja alle Verpflichtungen auf!"

„Vielleicht haben sie es selbst nicht mehr recht gewußt," sagte der Amtmann, „denn die Sache ist etwas in Vergessenheit geraten. Tatsache aber ist es, daß der Hans Jerg Müller und die Seinigen zu gnädigster Herrschaft im Verhältnis der Leibeigenschaft stehen."

„Dann," rief die Sonnenwirtin mit einem Strahl von Hoffnung, „ist's doch möglich, daß der stolz' Bub' sein' Kopf noch ändert. Eine Leibeigene wird er nicht zur Frau haben wollen."

„Diese Verhältnisse ließen sich ja mit Geld abkaufen," bemerkte der Amtmann, „denn dazu ist gnädigste Herrschaft stets geneigt. Ohnehin bestund es, in neuerer Zeit wenigstens, aber schon seit lange, in einer jährlichen Geldabgabe. Früher mögen schwerere körperliche Leistungen erfordert worden sein; da es mich nicht interessiert hat, so habe ich auch nicht nachgeschlagen. Die prästierende Abgabe wurde dem Hans Jerg Müller schon vor geraumer Zeit ob summam pauperpatem, wie er ja auch schon von der Gemeinde ex pio corpore Unterstützung genossen hat, auf sein untertänigstes Ansuchen nachgesehen, daher es leicht möglich, daß er sich der Verhältnisse selbst nicht klar erinnert. Das einfältige Volk weiß ja niemals, wie es dran ist, noch auf welchen Füßen es steht: die Beamten müssen es ihm sagen, was es zu leisten schuldig ist, und müssen ihm zur Not noch Bittschriften machen, wenn es einige Linderung seiner Lage erzielen möchte. So habe ich auch diesem die betreffende Supplik aufgesetzt um ihm das Geld zu ersparen, das er einem Advokaten für die Schrift hätte geben müssen, und ihn vor den Entenmaiern zu bewahren, den Winkeladvokaten, die der Leute Verderben sind. Es ist recht undankbar von dem alten Habenichts, daß er, indirekt wenigstens, Ihren Stiefsohn in dessen Unfug und üppiger Aufführung steift; aber auf Dank darf man ja bei diesem Volke nicht rechnen. Ich selbst muß freilich von mir auch gestehen, daß ich die Sache bei mir mit den Jahren habe in Vergessenheit kommen lassen; derlei verwickelte Materien tauchen einem erst wieder auf, wenn man die Akten nachschlägt. Summa Summarum ist jedoch so viel gewiß: der sogenannte Hirschbauer ist nebst seinen Deszendenten leibeigen, und zwar haftet die Leibeigenschaft auf dem Haus. Ob nun, wie es bei diesem Volke nicht ungewöhnlich, die Vererbung des Besitzes samt der darauf haftenden Last seit Generationen direkt vom Vater auf den Sohn stattgefunden hat, ob dabei Töchter hinausgegeben worden sind und ob selbige durch die bloße Emanzipation vom väterlichen Herde infolge des eingegangenen matrimonii — wobei sie ja bloß den Herren wechseln, wie der Frau Sonnenwirtin selbst wissend sein wird, ha, ha! — ob sie schon hiedurch auch von der Leibeigenschaft emanzipiert sind, oder ob sie erst noch specialiter mit Gelde abgelöset werden müssen, ja, darüber könnte man einen langen Prozeß führen, und wehe dem, der die Kosten davon zu bezahlen hätte. Für mich ist jedenfalls so viel klar, daß, wenn auch die fürstliche Regierung diesem jungen Menschen die Majorennität und die Heiratserlaubnis gnädigst bewilligt hat, ich, dem fürstlichen Interesse selbst, vorderhand auf der baren Leibeigenschaftsablösung seiner, wenn auch proklamierten, doch immer nur erst prätendierten sponsa bestehen muß, muß demnach namens gnädigster Herrschaft sowohl, als auch seitens dieser Kommune, deren Gericht und Rat ich mit tunlichster Beförderung des näheren instruieren werde, beharren, daß ein gültiger Ehevollzug des Johann Friedrich Schwanen mit der Christina Müllerin nicht eher ins Werk gerichtet werden kann, als bis und bevor gedachter Ablösungsschilling entweder in Barem erlegt oder eine durchaus satisfazierende Kaution dafür geleistet ist: wobei, bewegender Gründe halber, überhaupt zu erfordern sein dürfte, daß sotane Kaution sich auf den gesamten Nahrungsstand des Nupturienten zu erwecken habe, denn wenn auch, aus Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse und die bei Gericht und Amt notorische Vermöglichkeit des Sonnenwirts, hievon Umgang genommen werden könnte, falls er seinem Sohn zur Seite zu stehen gesonnen ist, so muß doch im vorhandenen Zweifelsfall für den Nupturienten, unerachtet er ein hiesiger Bürgerssohn, genügende Sicherheit verlangt werden, daß er erstlich seine ihm von gnädigster Herrschaft auferlegende praestationes richtig zu erfüllen imstande sei, und zweitens, daß er, wo ihn sein Vater eventualiter außer Brot setzen sollte, gemeinem Flecken nicht mit einem venuriösen und armutseligen Hausstand, mit Ansprüchen an das pium corpus und endlich gar mit einem Heere von mangelhaften Kindern, die um Brot und Kleidung schreien, und deren wir hier schon genug und übergenug haben, nicht wissend, wo sie unterzubringen, beschwerlich fallen werde."

Der Amtmann wischte sich den Schweiß von der Stirne; seine Auseinandersetzung schien ihn etwas angegriffen zu haben. Doch lächelte er zufrieden, denn der Vortrag war nunmehr hinlänglich zu Faden geschlagen, um mit der nötigen Geläufigkeit vor dem Magistrat gehalten werden zu können. Die Sonnenwirtin hatte zwar, trotz der Andacht, mit der sie der Rede zugehört, schon der eingestreuten lateinischen Brocken wegen, sehr viel davon nicht verstanden; doch begriff sie vollkommen, daß der Heirat ihres Stiefsohnes noch ein Riegel vorgeschoben werden könne. Sie ließ sich über die beiden Hauptpunkte, auf die es ankam, noch einmal belehren und verließ das Amtshaus in vollem Triumphe, nachdem sie es übernommen hatte, ihrem Mann und ihrem Sohne die amtliche Eröffnung, welche der erstere sich zu holen aufgefordert wurde, im voraus mitzuteilen. „Ihren Stiefsohn," rief ihr der Amtmann nach, „lasse Sie mir nur aus dem Haus, mein alter Anwalt sagt immer von ihm, und mit Recht, er führe eben ein ödes Geschwätz, das gar keine Heimat habe."

Aus dem Munde der Stiefmutter erfuhr denn Friedrich, welches neue Gewitter gegen ihn heraufbeschworen worden war. Zuerst nahm er die Nachricht, daß Christine leibeigen sei, mit Gleichmut auf und erklärte, dies ändere nichts in seinen Gesinnungen; als er vollends hörte, daß diese Abhängigkeit mit Geld gelöst werden könne, machte er sich gar keine Sorgen mehr; aber er war wie aus den Wolken gefallen, als er sehen mußte, wie sein Vater die Sache nahm.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180118-15/fragment/page=0005
DFG

Halle und Saalkreis.

Halle, den 18. Januar 1918.

Kein Ersatz für verlorene Feldpostpakete.

Auf eine Anfrage des **Reichstagsabgeordneten Schulz erklärt** die Regierung, daß eine Ersatzleistung für verlorengegangene Privatpakete nach und von dem Feldheer weder von der Militärverwaltung noch von der Post übernommen wird, gleichviel, wo der Verlust eingetreten ist. Eine Aenderung dieser Vorschriften könne mit Rücksicht auf die Eigenart der in Betracht kommenden Betriebsverhältnisse nicht in Aussicht genommen werden.

Durch diese Antwort werden die zahlreichen Absender verlorengegangener Feldpostpakete sicherlich nicht befriedigt sein.

---

* **Die Eil- und Telegrammbestellung bei der Post beginnt** im Winterhalbjahr infolge der Einschränkungen in der Straßenbeleuchtung statt um 6 erst um 7 Uhr früh und endet statt um 10 Uhr schon um 9 Uhr abend. Als Nachtzeit, in der Eilsendungen und Telegramme nur in besonderen Fällen bestellt werden, gilt alsdann die Zeit von 9 Uhr abends bis 7 Uhr früh.

* **Zur Herstellung von Holzsohlen** wird nach einer Schätzung des Reichswirtschaftsamtes im Jahre 1918 eine Million Festmeter Holz gebraucht. Rotbuchen, Hainbuchen, Rotulmen, Roterlen, Birken und Roßkastanien werden zur Anfertigung von Sohlen verwandt. Die Preise für einen Festmeter bewegen sich zwischen 35 bis 90 Mark; das Holz ist in fünf Klassen eingeteilt.

* **Für Militärurlauber.** Im Geschäftszimmer des Verkehrsvereins Halle (Saale), Brüderstraße 4, liegt der Fahrplan aller Militärurlauber-Schnellzüge aus, die von der Westfront nach Deutschland und umgekehrt von Deutschland nach der Westfront fahren. Die Züge oder Strecken, die von Militärpersonen nur mit Schnellzugsberechtigung benutzt werden dürfen, sind besonders gekennzeichnet. Die Einsichtnahme des Planes kann während der Bureaustunden von 10 bis 1 Uhr und 3 bis 6 Uhr erfolgen.

* **Im Stadttheater** ist heute, Freitag, **den 18. Januar, die** Erstaufführung von Ibsens Schauspiel Ein Volksfeind. **In dem für morgen, Sonnabend, den 19. Januar, abends 8 Uhr, angesetzten** Sinfonie-Konzert unter Leitung von Oskar von Ponder wirkt als Solist Konrad Ansorge (Klavier) mit. Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr, findet die voraussichtlich letzte Aufführung des Weihnachtsmärchens Aschenbrödel statt. Der Sonntag-Spielplan bringt nachmittags 3½ Uhr Zar und Zimmermann von Lortzing, abends 7½ Uhr Othello, Oper von Verdi mit Oskar Bolz als Othello, Julius Neudörffer als Jago und Dina Mahlendorff als Desdemona. Die nächste Aufführung der Operette Wiener Blut ist auf Montag, den 21. Januar, angesetzt.

* **Im Walhalla-Theater** finden von der Operette Das Fräulein vom Amt am Sonntag die beiden letzten Vorstellungen statt. Am Montag kommt die Operette Der Favorit mit der Musik von Stolz zur Erstaufführung. Das Fräulein vom Amt kommt auch am Sonntag nachmittag, und zwar in erster Besetzung mit Gustav Bertram a. G. zur Aufführung.

* **Im Volkspark** findet am kommenden Sonnabend ein bunter Unterhaltungsabend unter Mitwirkung von Frl. Anni Kühns, Opernsängerin, Frau Montag-Eggert, Pianistin, und Herrn Alfred Engelbrecht, Operettensänger, statt. Es wird eine hübsche, gut ausgewählte, aus Duetten und Operettenstücken zusammengestellte Vortragsfolge geboten und damit den Besuchern einige heitere und genußreiche Stunden bereitet.

* **Bruchheilschwindel.** Seit Jahren betreibt ein g[illegible] [illegible] ln ein [illegible]werbe, das in der „Behan[illegible] über [illegible] und [illegible] Anlaß z[illegible] behördlichen Einschreiten gegeben hat. Habenicht selbst nennt sich „Direktor", um nach außen hin den Anschein zu erwecken, als ob er eine wissenschaftliche Vorbildung genossen habe. Dem ist jedoch nicht so. Sein Verfahren ist ähnlich dem anderer „Bruchheilkünstler", insbesondere dem der Cosemannschen Firmen in Berlin, die auf Betreiben der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck polizeilich geschlossen wurden. Neuerdings hat sich Habenicht etwas in den Hintergrund verzogen und tritt ein gewisser Dr. med. Bäumges als Verfechter der Habenicht-Methode auf. Aber auch dadurch wird der Wert der Methode nicht sonderlich gehoben. Nach wie vor ist ihr gegenüber, mag sie auch mit noch so viel Reklame angepriesen werden, mag Dr. med. Bäumges noch so viel Sprechstunden in den einzelnen Städten ankündigen und abhalten, größte Zurückhaltung geboten. Beschwerden nimmt die städtische Rechtsauskunftsstelle, Schmeerstraße 1, entgegen.

* **Gestohlen wurden** am 5. 1. 18 ein brauner Kokosläufer mit schwarzen Streifen, 3 Meter lang und 1 Meter breit; vom 11. bis 15. 1. 18 zwei Treibriemen, 7 und 4 Meter lang und 5 und 6 Zentimeter breit; am 15. 1. 18 ein goldener Ring mit eckigem Brillant in Marquisform; ein goldener Siegelring mit rotem Stein, darauf die Buchstaben H. G., ein goldener Trauring, gez. A. W. 1900; eine braunlederne Reisehandtasche, eine blaue Streichholzschachtelhülle mit dem belgischen Wappen; ein Unterbett, rotes Inlett mit breiten schwarzen Streifen; vom 15. zum 16. 1. ein Iltiskragen und zwei Iltismuffe mit braunseidenem Futter; zwei Steinmarderkragen mit goldgelbseidenem Futter; ein Blaufuchskragen und ein solcher Muff mit grauseidenem Futter; ein Rotfuchskragen mit hellgelbseidenem Futter; ein Grießfuchsmuff mit hellgrauseidenem Futter; drei Opossumfelle; am 16. 1. 18 ein weißer Deckbett- und ein Kopfkissenbezug, gez. K.

Lochau. Auffindung gestohlener **Sachen.** Vor etwa Jahresfrist wurde in der Haushaltung des Leuteaufsehers hier ein Einbruchsdiebstahl verübt, wobei Räucherwaren, Kleidungsstücke, Stiefeln und dergl. im Gesamtwert von etwa 700 Mark abhanden kamen. Der Verdacht lenkte sich damals auf polnische Arbeiter, doch blieben die Nachforschungen ergebnislos. Jetzt wurden in der Feldscheune unter Strohmatten verschiedene Gegenstände aufgefunden, die von jenem Diebstahle herrühren. Untersuchung ist im Gange.

Nierbitz. Verschiedene Geflügeldiebstähle sind in der Nacht vom 15. zum 16. Januar verübt worden. Beim Gastwirt Wilke sind 8 Kaninchen und 16 Hühner gestohlen worden. Dieselben Diebe stahlen dann noch beim Bahnarbeiter Müller 5 Enten und beim Fabrikarbeiter Kretschmann 6 Enten und 8 Kaninchen. Die Diebesbeute soll nach Halle geschafft worden sein.

Wettin. Ein heftiges Unwetter, das von strömenden Regen begleitet war, setzte am Mittwoch ganze Straßenzüge unter Wasser und machten sie unpassierbar. Viele Keller wurden unter Wasser gesetzt und die darin aufbewahrten Kartoffeln dürften verdorben sein. Im unteren Teil der Mühlgasse wurden verschiedene Wohnungen überschwemmt und die Bewohner mußten in der Nacht durch die nasse Flut watend die Bodenräume aufsuchen. Die abhängigen Ackerstücke haben zum Teil tiefe Risse bekommen und die bestellte Winterfrucht hat bekanntlich gelitten. Hoffentlich bleiben wir in nächster Zeit vom Frostwetter verschont, denn sonst dürfte es um die Winterfrucht schlecht bestellt sein.

Allerlei.

Ueberschwemmungen.

Kassel, 18. Januar. Die Schneeschmelze und die reichlichen Regenfälle der letzten Tage haben die Flüsse in Kurhessen beträchtlich anschwellen lassen. Die Lahn hat mehrere Dörfer durch Ueberschwemmungen vom Verkehr völlig abgesperrt. Auch die Werra führt Hochwasser. Besonders gefahrdrohend sei die Fulda, die zudem aus der Eder starken Zufluß erhalte. Heute nacht wurden bereits mehrere Straßen der Kasseler Altstadt überschwemmt, so daß der Fußgängerverkehr völlig stockte. Stellenweise schlägt man Brücken. Die Keller jener Gegend stehen unter Wasser. Ein Soldat wird vermißt. Man glaubt, daß er ertrunken ist.

Köln, 18. Jan. Der Rhein und seine Nebenflüsse führen Hochwasser.

25 Urlauber getötet.

Kirn a. d. Nahe, 16. Januar. Heute vormittag 7 Uhr 19 Minuten entgleiste auf der Nahebahn bei Kirn der Urlauberzug Nr. 348 infolge Dammunterspülung. Die Lokomotive, der Packwagen und drei Personenwagen stürzten in die Nahe. Etwa 25 Personen wurden getötet und ebensoviel verletzt. Der Zugverkehr auf der Nahebahn ist unterbrochen.

Opfer der Grube. Budapest, 17. Januar. Im Hungariastollen des Aninaer Bergwerkes hat eine große Explosion stattgefunden. **Bisher sind 12 Tote und 35 Schwerverwundete geborgen worden.**

Eine Kaserne in die Luft geflogen. Nach einer Havasmeldung ist in Bilbao (Spanien) die Kaserne Reina Victoria, in der eine Waffen- und Munitionsniederlage untergebracht war, infolge eines Brandes in die Luft geflogen.

Grubenexplosion. Budapest, 16. Januar. In Anina Banya, Komitat Krasso Szoereny, hat im Hungaria-Schacht, in dem 200 Arbeiter beschäftigt waren, eine Explosion stattgefunden. Bisher wurden 2 Tote und 35 schwer Verwundete geborgen. **Die Zahl der Verunglückten konnte** noch nicht festgestellt werden.

Ein Offizier wegen Kontrollhinterziehung verhaftet. In Ludwigshafen ist ein Offizier der Linienkommandantur verhaftet worden, der wiederholt Frachtbriefe für bestimmte Personen unberechtigt mit dem Stempel der Linienkommandantur versah, um die Waren auf diese Weise der Kontrolle zu entziehen und rasche Beförderung sowie billige Ausnahmetarife für die Sendungen zu erwirken. In die Angelegenheit sind noch mehrere Personen verwickelt.

Kriegserfindungen. Die Zahl der angemeldeten Patente stieg im vergangenen Jahr in Dänemark auf rund 2500, eine früher nie erreichte Zahl. Die meisten Erfindungen sind durch die Teuerung hervorgerufen und beziehen sich auf Ersatzstoffe für Nahrungsmittel und Kleidung. Auch in Schweden war das vergangene Jahr in dieser Beziehung ein Rekordjahr.

Einheitsschuh in Italien. Auch in Italien führt jetzt Ledermangel zur Einführung des Einheitsschuhes. Der italienische Staatsschuh soll noch im Laufe d. M. zum Verkauf gelangen. Der Preis betrüge 30 Lire für Männer-, 28 Lire für Frauen- und 20 Lire für Kinderschuhe.

„Liebesgaben." Man schreibt der Welt am Montag: Eine Krankenschwester fand in einem Berliner Lazarett zur Weihnachtsbescherung als Geschenk an die Verwundeten ausgelegt eine Broschüre Gott strafe England, Beiträge zur Kenntnis Englands und der Engländer. Auf die entsetzte Frage der Krankenschwester an die andern Schwestern, wie sie dazu gekommen wären, eine solche Haßschrift ausgerechnet unter den Weihnachtsbaum zu legen, entschuldigten sich die andern Schwestern, daß sie sich nichts dabei gedacht hätten, und daß außerdem diese Schrift bei den Liebesgaben der Prinzessin Eitel sich befunden hätte.

Sechs Jahre unschuldig im Zuchthause. Fast volle sechs Jahre sind es jetzt her, daß die Besitzersfrau Karoline Kieper aus Klein-Sibsau vom Schwurgericht Graudenz wegen Giftmordes an ihrem Ehemanne zum Tode verurteilt wurde. Der Verteidiger wußte eine Anzahl berühmter Professoren auf dem Gebiete der Giftmorde zu interessieren mit dem Erfolge, daß es fast zur Gewißheit wurde, daß Kieper an einer chronischen Arsenikvergiftung gestorben ist, die dadurch erzeugt worden ist, daß er lange Zeit zu Heilzwecken arsenikhaltige Arzneien eingenommen hat. Auf einen neuen Wiederaufnahmeantrag hat jetzt die Graudenzer Strafkammer die Wiederaufnahme des Verfahrens und auch die Unterbrechung der Strafvollstreckung angeordnet.

Briefkasten der Redaktion.

R. im Felde. Aus Ihrer Frage ist nicht recht ersichtlich, was Sie mit der „Unterstützung der Unabhängigen" meinen. Alle Beiträge werden doch ausschließlich nur für Organisations- und Agitationszwecke der Partei verwendet. Ihre Frage würde daher auch weit mehr Sinn haben, wenn Sie an Stelle von „Unabhängigen" — „Abhängige" setzen würden; denn die Abhängigen haben ja die Parteikasse und den ganzen Organisationsapparat, also auch die früher von den jetzigen „Unabhängigen" gezahlten Beiträge in ihrer Gewalt behalten.

Nr. 100. Der Krieg verhindert nicht, daß ein Kapital gekündigt werden kann, und zwar auch der Ehefrau gegenüber. Wenn die Sache vor Gericht kommen sollte, kann dieses allerdings angemessene Zahlungsfristen usw. bewilligen.

S. M. 100. Die staatliche Unterstützung für die Mutter eines Kriegsteilnehmers ist nur so hoch wie die für ein Kind, nämlich 10 Mk. im Monat, wozu noch Zulagen der Gemeinden kommen sollen, mindestens 5 Mk. im Monat. Ist Ihnen die Fürsorge zu gering, müssen Sie eine Beschwerde an den Landrat machen.

Quittung.

Auf dem Parteisekretariat für Parteizwecke eingegangen: Auf Konto K.: Distrikt 2 durch K. 14,50 Mk., Distrikt 5 durch W. 113,40 Mk., Distrikt 6 durch Sch. 86,75 Mk., Distrikt 9 durch L. F. (8. Rate) 18,10 Mk., Distrikt 10 durch A. (8. Rate) 27,05 Mark, Distrikt 11 durch Kr. 61,15 Mk., Distrikt 12 durch R. (2. Rate) 32,20 Mk., Distrikt Büschd. durch G. 40,55 Mk., Distrikt Lockau durch H. 17,25 Mk. Ferner auf Konto L.: Nr. 22 durch L. F. 14,— Mk., Nr. 15 durch K. B. 15,50 Mk., Nr. 32 durch K. B. 14,70 Mk., Nr. 29 durch K. G. 19,25 Mk., Nr. 39 durch M. u. G. 13,15 Mk., außerdem durch H. W. 223,50 Mk.

J. V.: A. Albrecht.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Halle.
Sonntag, den 20. Januar 1918, nachmittags 3½ Uhr, im Volkspark, Burgstraße 27:
Generalversammlung
Tagesordnung: 3584
1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1917.
2. Kassen- und Geschäftsbericht für das Jahr 1917.
3. Vorstandswahl sowie Wahl sämtlicher Funktionäre.
4. Anträge zum Verbandstag und andere Verbandsangelegenheiten.
5. **Bericht über die Verhandlungen vor dem Kriegsamt in Berlin über die 10 Pfg.-Teuerungszulage auf den Leunawerken.**
Berichterstatter: **Karl Doege.**
Die Kollegen, die in Leuna arbeiten, werden dringend ersucht, alle in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Fahrplanänderungen.

Von **Dienstag, den 22. Januar d. J. ab,** fallen folgende Schnellzüge auf 14 Tage fort:

3 zwischen Frankfurt (Main) und Halle,
8 zwischen Halle und Eisenach,
D 22 / D 29 zwischen Berlin und Leipzig,
D 49 / D 50 „ München und Berlin,
D 63 / D 64 „ Dresden und Berlin,
D 114 w / D 191 w zwischen Hirschberg und Berlin,
D 157 w / D 182 w „ Magdeburg und Leipzig,
D 203 / D 238 zwischen Frankfurt (Main) und Berlin,
D 206 / D 241 „ Leipzig und Frankfurt (Main),
U 4024 / U 4025 „ Kowel-Sagan und Frankfurt (Main).

Zur Aufrechterhaltung einer Abendverbindung von Leipzig nach Berlin wird ein D-Zug von Leipzig (ab 815 nachm.) nach Bitterfeld (an 8.50) vorgesehen, der in Bitterfeld unmittelbaren Anschluß an den Schnellzug D 145 nach Berlin (an 11.08 nachm.) erhält.

Von **genanntem** Tage ab fallen außerdem **sämtliche** Militärurlauberzüge auf 14 Tage fort.

Nähere Angaben sind aus den Bekanntmachungen auf den Stationen ersichtlich. *1901

Halle (Saale), im Januar 1918.

Königliche Eisenbahndirektion.

Transportarbeiter-Verband, Zahlstelle Halle (S.).
Sonntag, 20. Januar, nachmittags 3½ Uhr im „Gewerkschaftshause"
Jahres-General-Versammlung.
Tagesordnung: 3578
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahlen der Funktionäre.
3. Vortrag über Rechte und Pflichten der Mitglieder.
Zahlreichen Besuch der Mitglieder sieht entgegen **Die Ortsverwaltung.**

Soziald. Verein, Wahlkr. Mansfeld
Sonntag, den 20. Januar cr., nachmittags 3 Uhr, im „Bürgergarten" in Eisleben:
Mitglieder-Versammlung.
Alle Mitglieder, auch solche, die es werden wollen, sind hierzu eingeladen.
Der Vorstand.
*1900 Mitgliedsbuch legitimiert.

Max Zaubitzer,
Roßschlächterei, Steinweg 52. 3579
Sonnabend vorm. Nr. 301—600.
— Es wird gebeten, Papier oder Gefäße mitzubringen. —

Arbeitsmarkt

Die Fürsorge-Vermittelungsstelle Halle der Kriegsamtstelle Magdeburg
sucht und vermittelt kostenlos 3575
gute Schlafstellen.
Poststr. 16, Zimmer 59, II Trp. r.

Praktischer Wegweiser
empfehlenswerter Einkaufsquellen
Bitterfeld
R. Richter, Kaiserstr. 1b Uhren, Goldwaren, Optik Reparaturwerkstatt.
A. Röbel Kolonialwaren Innere Bismarckst. 40
Oswald Sucher, Kaiserstr. 8 Schleiferei, Solinger Stahlwaren.
C. Trabitzsch Cigarr., Cigarett. Kaiserstr. 58.
Delitzsch
E. Preller, Manufakturwaren.
M. Rieseler Kinderwag. Korbwaren 5%
Merseburg
Th. Ebert Entenplan 18, Mechaniker, Optiker
Wittenberg
Aug. Linke Hüte, Mützen, Pelz- u. Filzwaren.
Hettstedt
S. Rosenberg Konfektion und Manufakturwaren
Sangerhausen
Herm. Bader Apoth. Sangerhausen gegr. 1668 Lieferant für alle Krankenkassen Allopathie u. Homöopathie. Verbandstoffe, Drogen, Chemikalien.
Torgau
Kolonial- und Eisenwaren Farben und Sämereien kauft man sehr günstig bei Herm. Leibnitz
Eisleben
Eisleber Aktienbierbrauerei Eisleben empfiehlt ihre ff. Biere und alkoholfreien Getränke.

Erfahrene
Eisendreher, Eisenhobler und Maschin.-Schlosser
für dringenden Heeresbedarf stellen ein 3436
Lange & Geilen,
Maschinenfabrik, Raffineriest. 43.

Arbeiterinnen und **Arbeitsburschen** *1902
sucht
Grube Frohe Zukunft
bei Mößlich.

Mir oder Mich?
Leitfaden zum Gebrauch der Fürwörter.
Ein Lehr- u. Uebungsbuch für den Selbstunterricht.
Preis 1.25 Mark (nach auswärts 10 Pfg. Porto).
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Halle,
Harz 42/44.

Zuverlässigen älteren
Geschirrführer
*1868 sucht
A. W. Haase, Merseburgerst. 158

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180118-15/fragment/page=0006